



Demokrat

Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . KZ 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 88.—
ganzzährig . . . 192.—

Abnahme
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

2. Jahrgang.

Freitag, 15. Dezember 1922.

Nr. 294.

Das Attentat auf die Staatsangestellten.

Das Gesetz, welches die Lebenshaltung der Staatsangestellten in der unerhörtesten Weise zu verschlimmern bestimmt ist, mag vielleicht in dem Augenblick, da diese Zeilen im Druck erscheinen, schon vollzogene Tatsache sein. Zum mindesten wird die Vorlage in den nächsten Tagen Gesetzeskraft erlangen. Denn die Koalitionsparteien haben es eilig, den an den Staatsangestellten vollzogenen Raub in Sicherheit zu bringen. Und es ist ein Raub, denn da vollzogen wird, würdig, den anderen bisher von der Koalition verübten Schandthaten an die Seite gestellt zu werden. Je genauer man die Vorlage studiert, desto mehr wird man gewahr, wie teuflisch und raffiniert deren Machter bei ihrer Abfassung zu Werke gegangen sind, und wie schwer sie in weiterer Folge die Staatsangestellten zu treffen geeignet ist. Sie bedeutet den Beginn einer ganzen Kette von Reduzierungen der Bezüge der Staatsangestellten, gegen die sich zur Wehre zu setzen, nicht nur den Staatsangestellten jede Möglichkeit genommen sein wird, sondern auch dem Parlament. Um sich des Ansturmes der Staatsangestellten gegen das Parlament wegen aller über den Rahmen der für die nächsten Monate festgesetzten, hinausgehenden Gehaltskürzungen zu erwehren, hat die Koalition in dem Entwurfe die Ausschaltung des Parlamentes bestimmt und die Vornahme weiterer Kürzungen völlig in die Hand der Regierung gegeben. Dadurch erlangte die Gesetzesvorlage für die Staatsangestellten eine unabsehbare Tragweite, sie bedeutet auch, daß sich die Angestellten des Staates jeden weiteren Zugriff in ihr Einkommen mit gebundenen Händen werden gefallen lassen müssen, ohne daß das von der Koalition entmannte Parlament ihnen gegen alle neuen Anschläge der jeweiligen Regierungen die geringste Hilfe wird angedeihen lassen können.

In den Zeitungen der Koalitionsparteien wird natürlich versucht, die voraussetzlichen Wirkungen der Beamtendrohung als recht unwesentlich und als in den erfolgten Warenpreisrückgängen begründet zu erklären. Das gleicht dem Versuch, einen Mohren weißzuwaschen zu wollen, denn die den Staatsangestellten drohende schwere Schädigung ist eine so in die Augen springende, daß die mit verlogenen Argumenten unternommene Beschwichtigung der mit Recht erregten Staatsangestellten von vornherein scheitern muß. Man sucht es als ein besonderes Entgegenkommen an die Staatsangestellten hinzustellen, daß die Koalitionsparteien den ersten Vorschlag des Gesetzes betreffend die Gehaltskürzungen, welcher mit einem Schlage die Aktion der Ausbürgerung der Angestellten durchführen wollte, verwarfen und sich statt dessen auf den vorliegenden Entwurf einigten, der eine etappenweise Kürzung der Gehalte vorsieht. Die erste Vorlage wäre, so wird gesagt, keine Reform, sondern ein chirurgischer Akt gewesen, dagegen sei die jetzige Vorlage humaner und stelle ein „Beispiel der modernen legislatorischen Technik“ dar, die auf psychologische Momente Rücksicht nehme und sich bemühe, so weit als möglich die Operationen — schmerzlos durchzuführen.

Wie „schmerzlos“ diese Operation durch die von Humanität erfüllte Regierungskoalition auf die Staatsangestellten wirken wird, werden diese sehr bald am eigenen Körper spüren können. Die „wohlwollende“ Vorlage will festgesetzt wissen, daß ab 1. Jänner 1923 nur ein verhältnismäßig geringer Abstrich an den Bezügen vorgenommen werde, der durchschnittlich etwa fünf bis sechs Prozent der Gesamtbezüge umfassen soll. Drei Monate später schon, also am 1. April sollen aber die Abzüge im Durchschnitt etwa 13 bis 15 Prozent und vom 1. Juli angefangen etwa 18 bis 20 Prozent der Gesamtbezüge betragen. Schon diese in der Beamtendrohung normierten Gehaltskürzungen werden die Staatsangestellten schmerzlich treffen und vielen eine Last von Sorgen und Entbehrungen auferlegen, die ge-

Deutschland sehr nahe dem Zusammenbruch.

Eine Erklärung Bonar Law's im Unterhause.

London, 14. Dezember. Im Unterhause erklärte Bonar Law bei der Debatte über die Reparationsfrage, alle seine Informationen gingen dahin, daß Deutschland einem Zusammenbruch sehr nahe sei. Großbritannien könne keiner Aktion gleichgültig zusehen, die wahrscheinlich zur Folge haben würde, daß keine Reparationen geleistet würden und es schwieriger, wenn nicht unmöglich machen würde, sie zu erhalten. Er hoffe, daß die britische und die französische Regierung die Zwischenzeit zum Meinungsaustrausch benutzen würden, um einen gemeinsamen Weg zur Behandlung der Frage zu finden.

Der Weltfriedenskongreß.

Abrechnung mit den Bolschewiken. — Generalstreik. — Rohstoffverteilung.

Haag, 13. Dezember. (Wolff.) Der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsverbandes Thomas eröffnete die Vormittags-Sitzung mit der Mitteilung, daß der Kongreß morgen Kommissionen bilden werde, um die eingebrachten Resolutionen zu beraten. Außerdem solle eine besondere Kommission die Lage in Deutschland erörtern.

Prof. Dillet (Belgien) von der Vereinigung internationaler Verbände brachte eine Resolution ein, welche die Vertreter der Wissenschaft darüber aufklärt, wo sie ihren Einfluß bei der Erörterung des Pazifismus gebrauchen sollten. — Fräulein Bondfield (England) führte aus, die Frauen müßten für die Friedensbewegung gewonnen werden, schon weil sie es seien, die den Kindern bei der Erziehung den ersten und oft entscheidenden Eindruck beibrächten. — Der Vertreter der nationalen Gewerkschaftsverbände Poisson (Frankreich) sprach über die bisherigen Friedensarbeiten der Gewerkschaften. Seine Freunde seien für einen reorganisierten Völkerverbund.

Rotstein (Rußland) erklärte, die Kriegsmoralität, die noch in Europa herrsche, gehe aus den an Deutschland gestellten Forderungen hervor. Das einzige Mittel, die in der Resolution ausgesprochenen Wünsche zu verwirklichen, sei die Befreiung der internationalen Einheitsfront der Arbeiter. Die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie soll eingestellt und vom 8. bis 15. Jänner eine Propagandawoche mit anschließendem Propagandastreik veranstaltet werden. — Abramowitz (von der ausländischen Vertretung der sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands) wendete sich scharf gegen Radel. Die Bolschewiken meinten es nicht ehrlich mit ihren Vorschlägen. Sie beabsichtigten nur, die Einheitsfront der Arbeiter von innen heraus zu sprengen. — Groumich (Frankreich) sprach namens der sozialdemokratischen Partei Frankreichs ebenfalls gegen die Bolschewiken.

In der Nachmittags-Sitzung brachte Frau Dr. Helene Stöder namens des deutschen Friedenspartells, das 16 pazifistische Ver-

einigungen umfaßt, eine Resolution ein, in der es zur Pflicht der Gewerkschaften und der pazifistischen Vereinigungen aller Länder gemacht wird, im Falle des Erlasses eines Mobilisierungsbefehles irgend einer Regierung gegen einen anderen Staat auf jeden Fall den Generalstreik zu proklamieren und fortzusetzen, bis die betreffende Regierung den Mobilisierungsbefehl zurückgezogen habe.

Der niederländische Sozialdemokrat Wihaut bemerkte, eine Hauptursache des Krieges sei der Streit um den Besitz von Rohstoffen, deren die Länder bedürfen. Die niederländische Kommission schlage daher vor, internationale Kontrollkommissionen einzusetzen, um die Erzeugung und Verteilung von Rohstoffen unter den verschiedenen Nationen zu beaufsichtigen.

Graf Kehler (Deutsche Friedensgesellschaft) stimmte dem Gedanken des allgemeinen Generalstreikes vorbehaltlos zu. Die Vorbereitung des Generalstreikes würde gleichzeitig die beste Erziehung der Massen für den Friedensgedanken bilden.

Haag, 14. Dezember. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Weltfriedenskongresses hielt Welts (Deutschland) eine lange Rede, in der er u. a. sagte, das deutsche Volk habe sich bei der Annahme des Waffenstillstandes auf Grund der vierzehn Punkte Wilsons nicht träumen lassen, wie ungerecht die Friedensbedingungen ausfallen werden. Welts protestierte gegen die weitere Besetzung deutscher Gebiete und gegen die Art und Weise wie in London und Lausanne die deutschen Interessen als Tauschmittel benutzt werden.

Dr. Adler (Wien) steht einer Verbindung der auf dem Kongresse vertretenen verschiedenen Richtungen sympathisch gegenüber.

Ben Tillet (England) hält eine direkte Aktion zwar für zweckmäßig, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß diese Waffe wohl in England und Deutschland, wo starke Organisationen vorhanden sind, gebraucht werden könne, nicht aber in Frankreich, Italien und den skandinavischen Ländern.

eignet ist, in ihnen jede Arbeitsfreude zu ersticken. Aber damit werden die Staatsangestellten noch lange nicht den ihnen von der „modernen legislatorischen Technik“ zugebachten Leidensleib bis zur Reize geleert haben. Denn hier soll das zu schaffende Gesetz erst recht seine volle Tücke entfalten. Der zweite Absatz des § 14 der Vorlage wird der Regierung die Ermächtigung geben, in „geeigneten Zeitabschnitten“ nach „Maßgabe der Steuerungsverhältnisse“ allmählich die Herabsetzung aller Zuschüsse und der bisherigen Steuerungsanlagen bis zu ihrer vollständigen Aufhebung durchzuführen. Diese unerhörte Bestimmung gibt also das Schicksal und Existenz der Staatsangestellten in die Hände der Regierung. Sie bedeutet auch — ist es Ironie oder Zufall, daß diese Bestimmung den Titel: § 14 trägt, was die Erinnerung an den berüchtigten § 14 in der alten österreichischen Verfassung wachruft — die Beiseitenschiebung und Rechtlosmachung des Parlamentes in bezug auf die Gehaltsverhältnisse der Staatsangestellten. Und was das Ärgste ist: die Bestimmungen darüber, wann und in welchem Umfang die Regierung den Abbau der Zuschüsse und Steuerungsanlagen bis zu ihrer vollständigen Aufhebung vorzunehmen habe, sind so unklar und dehnbar, daß ihre Gesetzeswerdung die Einsetzung der Schrankenlosen Willkür zum bestimmenden Faktor bedeuten wird. Die Regierung wird ermächtigt, die weiteren Gehaltsherabsetzungen in „geeigneten

Zeitabschnitten“ vorzunehmen; welche Zeitabschnitte „geeignet“ sein werden, wird niemand zu ermitteln haben, als die Regierung. Ebenso wenig wird die Weisung, daß die Regierung dabei „nach Maßgabe der Steuerungsverhältnisse“ vorzugehen habe, ihr die geringste Schranke auferlegen, denn nirgends wird gesagt, nach welchen Umständen, Unterlagen und statistischen Erhebungen über die Steuerungsverhältnisse sich die Regierung zu richten haben wird.

Zur Begründung der in ihren Wirkungen mörderischen Vorlage wird auch diesmal der Patriotismus herangezogen. Die Staatsangestellten sollen Opfer bringen, damit sie zur wirtschaftlichen und finanziellen Konsolidation des Staates ihren Teil beitragen. Wie noch immer, muß auch hier für die herrschenden Klassen der Appell an den Patriotismus herhalten, um die Deckung für eine miserable Sache abzugeben. Vordem mußten die Arbeiter, durch die wirtschaftliche Stagnation wehrlos gemacht, unter dem Schlagworte der wirtschaftlichen Konsolidation sich die Löhne kürzen lassen, nun sind die Staatsangestellten an der Reihe und ihnen sollen die Landes- und Gemeindebeamten folgen. Daß aber auch die bestehenden Klassen einen ihnen angemessenen Teil ihres Einkommens und Besitzes auf dem Altar des Patriotismus niederlegen sollen, darüber verlautet nichts. Die Staatsangestellten haben die furchtbaren Folgen der Kriegs- und Nachkriegszeit in ihrer Lebenshaltung noch lange nicht überwunden, und auch ihr

Senat.

Prag, 14. Dezember. Die heutige Sitzung wurde vom Präsidenten Prokeš um 16 Uhr 20 Minuten eröffnet.

Als erster Redner führte

Senator Genosse Barth

unter anderem aus: Wenn wir die in diesem Budget für die einzelnen Kapitel eingesehten Beträge näher betrachten, so finden wir, daß der größte Teil hievon für unproduktive Zwecke, für Militarismus, für Zinsen der ungeheuren Staatsschuld, für Zwecke der Auslandspropaganda, ausgegeben wird, während

für Bildungszwecke nur ein verhältnismäßig geringer Betrag

eingeseht ist, wobei für deutsche Gebiete überdies das wenigste entfällt. Deutsche Gemeinden und Bezirke sind mit Steuern überlastet, verlangen sie aber vom Staate irgendeine Unterstützung oder eine Subvention, so finden sie kein Gehör. Man muß ganz besonders Klage führen über die

langsame Abwicklung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gebieten.

Gegenwärtig befinden sich im Saager Bezirk 2300 arbeitslose Personen und zwar 1500 Männer und 800 Frauen. Was glauben Sie nun, wieviel von diesen Personen stehen gegenwärtig im Genus der staatlichen Arbeitslosenunterstützung? Sage und schreibe 27. Diese Ziffer klingt fast wie ein Hohn auf die große Zahl von Arbeitslosen. Unter diesen 2300 Arbeitslosen sind 600 landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die von der staatlichen Arbeitslosenunterstützung überhaupt ausge-schlossen sind.

Die Bodenreform.

Als das tschechoslowakische Revolutionsparlament die Durchführung der sogenannten Bodenreform durch eine Reihe von Gesetzesbeschlüssen vorbereitete, schien es, als ob sich eine alte Forderung des Sozialismus der Verwirklichung nähern würde. Die ganze tschechische Presse pries diese Bodenreform als einen ungeheuren sozialen Fortschritt. Selbst die tschechischen Sozialdemokraten behaupteten bei vielen Anlässen, die Sozialisierung des Großgrundbesitzes habe begonnen. Seitdem sind einige Jahre vergangen. Es ist bereits ein bestimmtes Teilergebnis der Aktion sichtbar und

dieses Teilergebnis liefert den klaren Beweis, daß die sogenannte Bodenreform in diesem Staat nicht dem wirtschaftlichen Fortschritt, nicht dem Sozialismus, sondern dem technischen und gesellschaftlichen Rückschritt dient, so daß auf sie eigentlich die Bezeichnung Bodenreaktion passen würde.

heutiges Einkommen hat, gemessen an den Steuerungsverhältnissen, nicht annähernd den Stand der Vorkriegszeit erreicht. Dennoch mutet man ihnen derart unerträgliche Opfer zu, die sie den ärgsten Einschränkungen und vielfach der Verzweiflung ausliefern müssen. Von allen anderen Folgen abgesehen, ist die vom Standpunkte des Staates widersinnigste die, daß die Vorlage ein Heer von unzufriedenen und von drückenden Sorgen gequälten Beamten des Staates schaffen wird.

Daß auch die Regierungsparteien diesen neuesten Streich nachsahen nicht als jenen „schmerzlosen chirurgischen Akt“ ansehen, wie die tschechische bürgerliche Presse gerne glauben machen möchte, dafür spricht wohl hinreichend der Umstand, daß sich im Abgeordnetenhause trotz tagelangen Suchens für die Vorlage kein Berichterstatter finden wollte. Der einzige Abgeordnete, der das weite Gewissen aufbrachte, für das Henkeramt seinen Namen herzugeben, mußte erst auf telegraphischem Wege herbeigeholt werden. Die Mitglieder der Regierungsparteien, welche im Begriffe stehen, das Schandwerk zu vollführen, irren aber sehr, wenn sie glauben, es würde der Name jedes einzelnen von ihnen darum nicht mit der Vorlage verknüpft. Die tschechischen Staatsangestellten werden gewiß im gegebenen Augenblicke die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Auch die deutsche Staatsbeamtenchaft wird wohl nicht vergessen, mit welchem Gleichmüte das Attentat auf sie in der deutschbürgerlichen Presse aufgenommen wird.

Nach dem ganzen in Böhmen, Mähren und Schlesien übernommenen Ausmaß an landwirtschaftlichem Boden von 40.227 Hektar wurden 2.116 Hektar dem Kleinbesitz überwiesen. An diesem Ausmaß partizipieren ungefähr 18.000 Kleinpächter.

Das durchschnittliche Juteilungsmass beträgt fast zwei Hektar. In der Slowakei beträgt die Juteilung an Kleinpächter ungefähr 33 Hektar. Im ganzen Staatsgebiet werden in diesen Jahren gegen 62.000 Hektar an landwirtschaftlichem Boden an Kleinbesitzer zugewiesen.

Redner spricht dann über die Einzelheiten der Bodenverteilung und kommt zum Abschluss:

Die Waldverteilung.

Am 6. Dezember dieses Jahres sprachen die Mitglieder des vom Verband der deutschen Schäfer beim Präsidenten des Bodenamtes Dr. Piskovsky vor, um sich dort Informationen über die geplante Waldverstaatlichung einzuholen. Der Bodenreformausschuss sprach sich grundsätzlich gegen die Verstaatlichung der Wälder aus und verlangte vorzugsweise Beteiligung der Gemeinden und ihrer Verbände mit dem vom Bodenamt beschlagnahmten Waldbesitz. Ob von Seiten der Reichsregierung dieses Staates die berechtigten Ansprüche des vom Verband der Deutschen Selbstverwaltungskörper eingesetzten Bodenreformausschusses gehört werden, ist sehr zweifelhaft.

Der ganze Vorgang zeigt klar und deutlich, wie bei uns Recht und Gesetz mißachtet wird. Es ist ein willkürliches Verfahren und eine Gewalttat von Staatswegen.

Die Verelendung und die Not der landwirtschaftlichen Arbeiter nimmt immer mehr zu und trotzdem geschieht nichts zur Abhilfe dieser traurigen Zustände.

Da nicht zu erwarten ist, daß die Regierung gewisse Herbeiführen und wir zu ihr kein Vertrauen setzen können, ist es selbstverständlich, daß wir gegen den Voranschlag stimmen werden. (Beifall.)

Sen. Dr. Malinsky (Nat. Dem.) tritt für eine Reorganisation der Staatsverwaltung und für eine rasche Lösung der Krise mit Rücksicht auf den Stand der tschechischen Krone ein.

Sen. Spieß (B. d. L.) erklärt, daß die Steuerlast, die auf den Bauern drückt eine unerträgliche geworden sei. Er verlangt einen Zollschutz für die landwirtschaftlichen Produkte.

Sen. Petříl (H. Soz. Dem.) zeigt die Mängel des Bodenreformgesetzes für den Kleinbauern auf und verlangt eine diesbezügliche Reformierung.

Sen. Luffsch (B. d. L.) hält dafür, daß bei uns weit geringere Einnahmen gemacht werden, als im Budget ausgewiesen wird. Der Staat werde erst dann zur Ruhe und friedlichen Arbeit kommen, bis die gerechten Forderungen der Deutschen erfüllt sein werden.

Es spricht sodann Sen. Sabata (Ker.), der für die Erfüllung gewisser agrarischer Forderungen sich ausspricht, worauf

Senator Genosse Hester

darauf hinweist, daß das vorliegende Budget auf die Arbeiterschaft am allerwenigsten Rücksicht genommen hat. Wenn wir, so fährt der Redner fort, die ganze wirtschaftliche Situation in den letzten Jahren überblicken, so sehen wir, daß gerade die Arbeiterschaft aus dem Steigen des Wertes unseres Geldes keinen Nutzen hat, weil die Verbilligung noch nicht eingetreten ist und schon wieder die Lohnreduktionen eingesetzt hat. Der Arbeiterschutz ist vollständig ins Sieden geraten.

Wir haben im alten Oesterreich schon so wie hier verlangt, daß unsere

Gewerbeinspektorate

ausgebaut werden sollen, daß die Zahl der Gewerbeinspektorate vermindert werden müsse, daß Gewerbeinspektoren nicht nur irgend welche Madauiler oder Bürokraten sein können, sondern auch Arbeiter, die aus den Betrieben herauskommen, und die wissen, was dem Arbeiter eigentlich not tut. Unsere Gewerbeinspektorate im alten Oesterreich waren keine so bürokratische Einrichtung, wie es jetzt der Fall ist. Sie bekamen keine Vorschriften von der Regierung, wie sie sich zu verhalten haben, ob mehr oder weniger arbeiterfreundlich oder arbeiterfeindlich. Ich könnte Fälle anführen, daß es Gewerbeinspektorate gibt, die sich ernstlich bemühen, im Interesse der Arbeiter zu wirken und denen es geradezu verboten wurde. Der Vorsitzende des Fürsorgeministeriums ist ein Sozialdemokrat und den Gewerbeinspektoren drängen verbietet man irgendwie sozialdemokratisch angehaucht zu erscheinen. Dazu kommt, daß wir ungeheure Gebiete haben, in denen es diese Institutionen überhaupt nicht gibt. Karpatenrußland hat bloß ein Gewerbeinspektorat in Kaschau.

Gewerbegerichte.

In den meisten Gebieten, wo die industrielle Arbeiterschaft arbeitet, lebt und wirkt, bestehen keine Gewerbegerichte und es haben in allen diesen gewöhnlichen Streitfällen die Bezirksgerichte zu entscheiden. Beständig verlangen wir, daß nach dieser Richtung hin wenigstens das primitivste für die Arbeiterschaft geschaffen werden solle. Seit wir hier und in der Öffentlichkeit dieses Staates zu Worte kommen, verlangen wir, daß

Arbeiterkammern

geschaffen werden, wie es Industriekammern gibt. Wir haben im Vorjahr gehört, daß im Jahre 1922 die Sozialversicherung bestimmt durchgeführt werden soll. Wir sind am Ende des Jahres und der Herr Minister für soziale Für-

sorge hat wohl versprochen, daß die Vorlage der Sozialversicherung vielleicht im Herbst oder März kommen wird. Ein Jahr zumindest geht wieder vorbei, wenn dieses Versprechen diesmal eingehalten werden sollte, und

tausende und abertausende von Menschen, die gerade in der schärftesten Krise diese Institution am notwendigsten brauchen, werden wieder so der Verzweiflung preisgegeben.

Wir hatten schon bereits im Vorjahre im Budget einen Betrag von 130 oder 135 Millionen für die über 60 Jahre alten Arbeiter festgesetzt. Wir wissen nicht, wie dieser Betrag verwendet wurde und ob er verwendet wurde. Wir haben wiederholt beim Fürsorgeministerium und beim Finanzministerium vorgesprochen, daß in dieser Zeit, wo man den über 60 Jahre alten Arbeitern nicht einmal die Arbeitslosenunterstützung gegeben hat, wenigstens von diesem Fonds sie mit unterstützt werden. Aber bis heute konnte ich nichts erfahren, ob von diesem Betrage wirklich ein Teil dazu verwendet wurde.

Wir haben weiter im Voranschlag einen Betrag von 75 Mill. für die Arbeitslosen verlangt. Wir haben verlangt, daß dieser Betrag mindestens auf das Doppelte, auf 150 Millionen Kronen erhöht werde. Der Herr Minister für soziale Fürsorge erklärte im Budgetausschusse, das wäre eine nebensächliche Frage, denn genau so wie im Vorjahre die 75 Millionen nicht ausgereicht hätten und so neue Staatszuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung flüssig gemacht werden müßten, werde auch im nächsten Jahre wieder ein neuer Betrag gefordert werden. Soweit wäre die Sache schon ganz schön, wenn wir uns sagen könnten, daß dann, wenn die 75 Millionen noch sein werden, neuerdings soviel Millionen wie notwendig flüssig gemacht werden. So liegen aber die Dinge nicht. Wenn irgend eine Schicht der Arbeiterschaft von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen wird und wir gehen uns beschweren, so erklärt uns der Minister stets: „Ja, bitte, ich habe nur so viel zur Verfügung, ich muß sparen“. Der Minister hat eben nur einen beschränkten Betrag zur Verfügung, der nicht so schnell vergrößert wird.

Redner kommt dann auf die furchtbaren Folgen der Arbeitslosigkeit zu sprechen und erklärt: Dazu kommt noch, daß sich die Unternehmer und Behörden in einer Art und Weise gegen die Arbeiterschaft benehmen, die geradezu brutal genannt werden muß. Natürlich spielt hier auch das nationale Moment eine große Rolle. Als ein typisches Beispiel führt der Redner folgende Begebenheit an: „Es ist uns heute eine Zuschrift aus dem Trautenaueer Bezirk zugekommen, vermochte die dortige politische Bezirksverwaltung verlangt, daß im Trautenaueer Gebiet, wo der Prozentsatz an Tschechen in Trautenaueer höchstens 15 bis 16 Prozent beträgt, vorgeschrieben wird, daß bis Weihnachten in allen Gasthäusern tschechische Kellner angestellt werden müssen. (Zwischenrufe des deutschen Senatoren: „Das ist ein Skandal!) Unsere Kellner sind arbeitslos. Unsere Kellnerorganisationen wissen sich infolge der Arbeitslosigkeit keinen Rat. Und nun verlangt man, daß in Gastwirtschaften, wo unter Umständen kein Wort tschechisch gesprochen wird, tschechische Kellner angestellt werden müssen, daß alle Anschlagstafeln in den Gasthäusern, die Speisen usw. zweisprachig veröffentlicht werden müssen. Die überflüssig gewordenen deutschen Kellner steigen natürlich aufs Pflaster.“

Zum Schluß führt der Redner aus: Die Wirtschaftspolitik in diesem Staate geht darauf hinaus, daß er entindustrielliert werden soll.

Unsere kapitalistischen Kreise haben ein Interesse daran, daß die Arbeiterschaft durch die Krise gemüht wird.

Wenn sich auch die Arbeiterschaft manches gefallen lassen muß, so müssen wir doch von dieser Stelle sagen:

Wenn unsere Kapitalisten daran gehen sollten, den 8-Stundenakt aufzugeben, dann werden sie auf Grantz beißen.

Wir erheben erneuert Protest dagegen, daß man die Arbeiterschaft in diesem Staate so vernachlässigt, daß man ihr die natürlichsten Rechte vorenthält. Weil die Arbeiterschaft im Budget nicht jene Berücksichtigung gefunden hat, die sie verdient, werden wir gegen das Budget stimmen (Beifall.)

In der Debatte sprach dann weiter Sen. Krejča (Agrarier), der die Einführung von Schutzzöllen für Industrie und Ackerbau als die einzige Möglichkeit erklärt, aus der heutigen Krise hinauszukommen. Weiter sprach Sen. Duranský (Hob. Volksp.) über die Unterdrückung der Slowaken. Während seiner Rede kam es zwischen den Slowaken und den Koalitionsparteien, besonders den tschechischen Sozialdemokraten, zu erregten Auseinandersetzungen, so daß der Vorsitzende oft nur mit Mühe die Ruhe im Saale wiederherstellen konnte.

Sen. Lorenz (H. Soz. Dem.) trat insbesondere für die mährischen Slowaken ein, die das Ashendbrödel in diesem Staate seien.

Senator Genosse Lorenz

befahnte sich als nächster Debattenredner zu allererst mit den derzeitigen

Warenpreisen

und sagt, es sei wohl richtig, daß sich die Preise einzelner Warengattungen, seitdem unsere Krone im Auslande um etwa das Dreifache gestiegen ist, diesem Anstieg angepaßt haben und daß wir also gewisse Preisrückgänge verzeichnen können. Es ist aber unrichtig, daß sich dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter und der Festbesol-

deten fester gebessert hätte, denn gegenüber der Vorzeitigkeit haben sich die Löhne und Gehälter nicht in dem Verhältnis gebessert, wie die Preise aller Bedarfs- und Nahrungsmittel gestiegen sind. Aber selbst, wenn sich die Löhne und Gehälter den seit etwa einem Jahre geänderten Verhältnissen endlich angepaßt haben, wurde sofort auf der anderen Seite mit dem Lohn und Gehaltsabbau begonnen und dadurch abermals die Lebenshaltung breiter Bevölkerungsschichten hart betroffen.

Wir sind überzeugt, so führte der Redner weiter aus, daß der

Ausstieg unserer Krone zum größten Teil auf künstlichem Wege zustande gekommen ist,

weil wir im Auslande den Anschein erwecken wollen, daß wir ein Siegerstaat sind und daß wir unsere Salva den Balken der Siegerstaaten anzupassen haben. Es soll den Anschein erwecken, daß wir konsolidiert sind, daß bei uns normale Verhältnisse herrschen, was aber nicht der Fall ist. Im Gegenteil, der Staat stellt sich einem normalen Preisabbau sehr oft hindernd in den Weg. Ich verweise nur darauf, daß wir krampfhaft festhalten an der Kohlensteuer, an der Warenumschlagsteuer, an den hohen Zöllen, an den hohen Bahnfrachten und an den Posttarifen.

Die Kohlensteuer beträgt etwas über eine Milliarde Kronen und es ist nachgewiesen, daß beinahe ein Drittel dieses Betrages nur eine fiktive Summe ist, die als Durchgangspost im Budget erscheint, weil der Staat diesen Betrag als Kohlensteuer selbst zahlt und sie darum nicht als Einnahme verbucht werden kann.

Bei der Umsatzsteuer ist dasselbe. Die Umsatzsteuer verteuert unsere Waren nicht um 1 oder 2 Prozent, wie es den Anschein hat, sondern sie verteuert eine Reihe von Produkten um 5, 6, ja sogar 10 Prozent, weil bei jeder Uebertragung dieser Ware die Umsatzsteuer gezahlt werden muß.

Wenn wir unsere Zölle betrachten, finden wir hier noch ein Stück altes Oesterreich. Die demokratische Republik glaubt, ohne die alten agrarischen Klassenzölle nicht bestehen zu können. Der Klassencharakter dieser Zölle wird aus der Berechnung klar, die beweist, daß

die arbeitende Bevölkerung für Zölle und Fracht ungefähr 150 Prozent zu zahlen hat, während der Reichs nur 65 bis 70 Prozent am Zoll zahlt.

Redner bespricht dann die Zollgebarung bei Kakao, Tee und Gewürzen und fährt fort: Genau so, wie bei den Zöllen, ist es auch bei den Bahnfrachten und den Posttarifen.

Die Fracht für einen Wagon amerikanischen Mehl von Hamburg bis Bodenbach, das sind 528 Kilometer, beträgt 232 K und die Fracht von Bodenbach nach Prag, das sind 130 Kilometer, kostet 1239 K. (Hört! Hört!) Die Fracht bei einem Wagon amerikanischen Fett beträgt auf der Strecke Hamburg-Bodenbach, also der gleichen Strecke wie früher, 324 K, auf der Strecke Bodenbach-Prag, also eine ganz kurze Strecke, 2353 K. Bei der Kohle beträgt die Fracht für 100 Kilo in der Tschechoslowakei 7.30 K, während sie in allen Staaten, die uns umgeben, bedeutend billiger ist; in Oesterreich 1.61 K, in Ungarn 53 Heller, in Jugoslawien 1.82, in Rumänien 82 Heller und in Polen 132 Heller.

In der ganzen Kleinen Entente sind billigere Frachtsätze, nur bei uns, die wir angeben, daß wir in der Kleinen Entente eine führende Rolle spielen, haben wir ungeheuer hohe Frachtsätze zu verzeichnen.

Der Staat und die Konsumvereine.

Zu diesem Kapitel sagte Genosse Lorenz in Fortsetzung seiner Rede: Wenn wir das Budget in die Hand nehmen, so finden wir, daß der Staat und die Regierung für alles mögliche Geld aufwendet, um verschiedenen Institutionen Förderung angedeihen zu lassen. Ich habe mich sehr gewundert, als Kollege Weizner von den deutschen Agrariern es hier für notwendig befunden hat, darüber zu sprechen, daß wir organisierte Konsumenten vom Staate Subventionen in der Höhe von 50 Millionen Kronen verlangen, um vertriebene Konsumvereine sanieren zu können. Ich meine, die Herren Agrarier hätten alle Ursache, über solche Angelegenheiten nicht zu sprechen. Wenn wir den Staatsvoranschlag zur Hand nehmen, finden wir folgende Ziffern: Zur Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens 9.2 Millionen Kronen; zur Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften 45 einhalb Millionen Kronen und zur Förderung der Konsumgenossenschaften zweieinhalb Millionen Kronen. Ich meine, schon aus diesen paar Ziffern ist zu ersehen, daß es nicht wahr sein kann, daß wir irgendwelche Subventionen verlangen können.

Wir verlangen nur, daß auch der Staat gegenüber den Konsumgenossenschaften jene Pflicht erfüllt, die er gegenüber anderen Genossenschaften erfüllt und erfüllen soll.

Wir sind schon immer, im alten Oesterreich und auch in der Tschechoslowakischen Republik als Stiefkinder behandelt worden. Ich möchte nur kurz darauf verweisen, daß die Konsumvereine in der Zeit der allergrößten Not, ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung und gegenüber dem Staate voll und ganz erfüllt haben. Und ich weiß nicht, ob

die Konsolidierung des tschechischen Staates so rasch fortgeschritten wäre, wenn es in der Nachkriegszeit keine Konsumgenossenschaften und überhaupt keine Genossenschaften gegeben hätte.

Die Verluste, die die Konsumvereine zu beklagen haben, sind gewiß keine geringen, weil wir es immer als unsere Ehrenpflicht betrachtet haben, den geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, ohne irgend zu berechnen, ob das uns Gewinn oder Verlust bringt. Daraus sind naturgemäß Verluste entstanden, Verluste, die wir im Interesse des Staates erlitten haben. Wenn wir nun verlangen, daß auch der Staat sich der Konsumgenossen erinnert, so ist das ein gerechtes Verlangen.

Wir verlangen keine Almosen, keine Geschenke, keine Subventionen.

Wir verlangen nur, daß man uns ein unverzinsliches Darlehen auf eine Reihe von Jahren gibt, damit wir Betriebskapital haben, um unseren Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, gerecht zu werden.

Wir haben erst vor kurzem hier in Prag eine große genossenschaftliche Tagung gehabt, bei welcher alle Konsumgenossenschaften der Tschechoslowakei ohne Unterschied der Richtung und Nation vertreten waren. Wir haben bei dieser Tagung unsere Forderungen formuliert und sie der Regierung überreicht. Die Forderungen, die wir aufgestellt haben, sind Forderungen, die erfüllt werden müssen, weil sie im Interesse des Staates gelegen sind. Beispielsweise erwähne ich

die Errichtung von Arbeiter- und Konsumentenkammern,

gewiß eine Forderung, deren Erfüllung dringend notwendig wäre.

Wir verlangen weiter, daß das alte Gesetz vom Jahre 1873 novelliert wird. Es ist das gewiß ein reformbedürftiges Gesetz, das schon 50 Jahre alt ist. Wir verlangen für die Genossenschaften, welche nur auf Mitgliederrechte beschränkt wurden und nicht auf Gewinn, sondern nur für die Allgemeinheit errichtet sind,

Gebühren- und Steuerfreiheit.

Wir verlangen ferner unter allen Umständen die

Abkündigung der Umsatz- und Kohlensteuer.

Die Herabsetzung der Transportsteuern und Gebühren ist ebenfalls eine unserer Forderungen. Wir verlangen weiters, daß ein

Ausbau der genossenschaftlichen Institutionen beim Ministerium für soziale Fürsorge vorgenommen werde.

Wir fordern weiters eine Behrkanzlei für Genossenschaftswesen an den Hochschulen und die Einführung des Unterrichts über Genossenschaftswesen an allen übrigen Schulen. (Beifall.)

Bei unseren Forderungen stoßen wir aber auf großen Widerstand bei anderen Faktoren, namentlich auf den Widerstand bei der Regierung selbst. Insbesondere ist es das Finanzministerium, das den Genossenschaften die allergrößten Schwierigkeiten bereitet.

Redner erklärt schließlich, daß seine Partei als Vertreterin der Arbeiterschaft nicht für das Budget stimmen werde, da es deren Forderungen nicht erfülle. (Beifall.)

Senatorin Genossin Perihin

die am Anfang ihrer Rede einen erschütternden Brief eines Alpenpensionisten zur Verlesung brachte, der durch die Zeichnung und sehr nicht erfolgte Einlösung von Kriegsanleihen in fürchterliches Elend gestürzt wurde.

Dann fuhr die Genossin fort: Unter der Wirtschaftskrise leiden die Frauen wohl am schwersten. Außer mit der Arbeit in der Fabrik sind sie noch mit den Sorgen der Mutterschaft belastet. Hier ist die Not unerträglich. Der Winter vor der Tür, nichts zu essen, keine Kleidung, in den meisten Fällen keine Beheizung, denn von den paar Kronen Arbeitslosenunterstützung kann kaum das Brennmaterial, das der Staat noch durch die Kohlensteuer verteuert nicht gekauft werden. Von Mutterfreuden wissen die Frauen der arbeitenden Volksschichten längst nichts mehr, und wenn die Mutter ihr Kind noch so gerne hat, so ist es eine Tatsache, daß mit jedem Kinde Sorgen und Not immer mehr zunehmen. Dazu kommt, daß es fast nirgends Entbindungsheime gibt. Pflicht des Staates wäre es, zu trachten, daß

mindestens in den industriereichen Städten Entbindungsheime geschaffen würden.

Gestatten Sie mir, in Kürze die Tragödie einer ledigen Mutter zu schildern. Marie Mach, ein 24jähriges Dienstmädchen, fühlte ihre schwere Stunde herannahen. Sie ging ins Krankenhaus in Brüx und bat um Aufnahme, um hier niederkommen zu können. Da der Arzt jedoch ihre Rückkunft erst in drei Wochen erwartete, wies man ihr Ansuchen ab. Das Mädchen ging nach Köpitz, daß dort bei einer ihr bekannten Frau ebenfalls um Unterkunft wurde aber wieder abgewiesen. Die Frau ließ das Mädchen durch ihren Mann nach Kummerpurch zu ihrer Tante begleiten. Aber auch die Tante schickte das Mädchen wieder fort, der Waite der Richter begleitete die Schwangeren zu einer Geburtsassistentin, doch auch hier wurde der Unglücklichen nicht einmal ein schützendes Dach für die Nacht gewährt, angeblich, weil die Hebamme fürchtete, ihr Mann könnte über die Aufnahme des Mädchens ungehalten sein. Als schließlich der Gemeindevorstand von Kummerpurch keinen Rat wußte, irrte das Mädchen allein durch die Nacht und flüchtete sich schließlich in eine an der Straße gelegene Dö-

hätte, wo es bald darauf ein gesundes Mädchen gebar. Die verzweifelte junge Mutter nahm einen Strick und erdrosselte das Kind. Und so kam sie, die von Haus zu Haus getriebene wurde ins Gefängnis. Jetzt stand sie in Brütz vor den Richtern des Staates, der zwar keine Entbindungshäuser, sondern Zuchthäuser baut, um sich wegen ihrer Tat zu verantworten.

Die Geschworenen sprachen die Unglückliche frei und damit die Gesellschaft schuldig.

Rednerin wendet sich sodann scharf gegen die bürgerliche Moral, die diese unglücklichen Mädchen verurteilt.

Sie fährt dann fort: Ein anderes Kapitel, das die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, ist der moralische Verfall vieler Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie werden Opfer der Arbeitslosigkeit, denn sie werden oft durch die Not der Prostitution in die Arme getrieben.

Es wird von verschiedenen Seiten die Schuld der Zunahme der Geschlechtskrankheiten auf die Aufhebung der Bordelle geschoben. Dem ist nicht so, sondern die große Not ist es, die die Mädchen auf die Gasse der Prostitution in die Arme treibt. Dazu kommt infolge des Mangels der Mittel, daß die Bekämpfung durch die Ärzte fehlt. Mancher trägt sein Leben lang an einer kleinen Verletzung, die er aus Not bezug.

Das Bettelwesen nimmt bei uns überhand. In Deutschland gibt es keine öffentliche Bettelstube, dafür aber eine Altersversicherung, auf die wir hier im Staate schon Jahre hindurch warten. Dafür aber bekommen über 60 Jahre alte Arbeiter und Arbeiterinnen keine Arbeitslosenunterstützung. Was mit diesem Armen geschieht, darum kümmert sich der Staat wenig.

Und wie steht es mit dem Jugendbeschäftigung? Schularbeiter, Schulfachlehrer sind dem Staate noch vollständig fremd. Ferienkolonien zur Erholung der Kinder ebenfalls. Die tschechoslowakische Regierung sollte aber nicht bloß trachten, die tschechische Krone dem englischen Pfund anzugleichen, sondern auch in der Wohlfahrtsgesetzgebung sollte sie mit der englischen Wettstreiterin.

Vielleicht wäre es gut, wenn alle ledigen Männer über 30 Jahre eine Steuer zahlen würden, die dem Betrag der Erziehungssteuern von 2 bis 3 Kindern entspräche. Besonders wäre hier die Heranziehung der katholischen Geistlichkeit zu empfehlen. Wir vermessen ein Jugendstraftrecht und ein dem englischen entsprechendes Arbeitsgesetz. Es ist dringend nötig, daß der Staat Mittel zur Verfügung stellt für die Kindererziehung. Die Massen des Volkes zittern vor Erregung über das Unrecht, das an den arbeitenden Menschen verübt wird. Sie können von uns nicht erwarten, daß wir für das Budget eines Klassenstaates stimmen. (Beifall.)

Es kamen dann noch die Senatoren Casny (tsch. Soz.-Dem.), Koizba (Gew.-P.) und

Senator Genosse Hladik

zu Worte. Die Rede des Genossen Hladik bringen wir in der nächsten Folge unseres Blattes. Zum Schlusse sprachen noch Sen. Matudak (Komm.), Sen. Ujh (tsch. Nat.-Soz.) und Sen. Krepenshofen, worauf die Sitzung — 10 Uhr nachts — geschlossen wurde.

Freitag, halb 11 Uhr Fortsetzung der Debatte.

Aus dem Wehrausschuß des Senats.

In der Sitzung des Wehrausschusses am 14. d. M. gelangte die Regierungsvorlage betreffend die Aufhebung der bisher geltenden Gesetze über die Militärdienstverpflichtung zur Verhandlung. Nach dem § 2 dieser Vorlage sollen auch jene ehemaligen Landsturmpflichtigen militärdienstverpflichtet sein, welche entweder überhaupt nicht bei der Militärverwaltung waren, oder über welche bei der Militärverwaltung keine Entscheidung getroffen wurde. Dazu beantragte der Senator Genosse Link, daß in dem § 3 der Vorlage die Bestimmung aufgenommen wird, daß jene militärdienstverpflichteten Personen nach dem Sinne des § 2 von der Zahlung der Militärdienststeuer befreit werden, wenn sie über ein Jahreseinkommen unter 10.000 Kronen verfügen. Dieser Antrag wurde mit Majorität angenommen. Ferner wurde über Anfragen und Beschwerden an die Militärverwaltung verhandelt. Senator Genosse Link verlangte darüber Aufklärung, wie

die Vergütung der Lieferung von 250.000 Meter Posten- und Klüpfelstößen und von 150.000 Meter Mantelstößen

erfolgt sei, nachdem bei den offerierenden Firmen ein solch großer Unterschied im Preise vorhanden sei. Es bestehe die Gefahr, daß die Militärverwaltung die Lieferungen nicht in jene Betriebe gibt, wo die größte Arbeitslosigkeit vorhanden ist und daß solche Lieferungen vereinbart werden, die für den Staat einen materiellen Nachteil bringen. Zur Beantwortung dieser Fragen wurde der Minister für nationale Verteidigung und die Fachreferenten geholt. Diefelben gaben die Erklärung ab, daß die Kontrolle nach jeder Hinsicht gewissenhaft geführt werde. Als zu dieser Sache noch der Senator Adernann gesprochen hatte, erklärte der Senator Genosse Link, daß die Beantwortung der Anfrage des Senators Link nicht voll entsprochen habe.

Senator Genosse Kexl über unsere Finanzpolitik.

In der Mittwochsitzung des Senats. Genosse Kexl befahte sich eingangs mit den Auswirkungen der Krise und fuhr dann fort: Der Herr Finanzminister Rasin erklärte im Budgetauschuß: „Es ist nicht mehr anzuhören, jedes

zweite Wort, das man hört, ist Krise und ich behaupte, daß es gar nicht so ist. Der Minister erklärte: Das Leben ist stärker als der Tod und das, was wir heute durchzumachen haben, ist etwas, was wir ganz leicht überstehen werden.“ Der Herr Finanzminister hat uns dort auch unter anderem erzählt, daß zum großen Teil unser Unternehmertum selbst daran schuld sei, wenn die Industriekrise so schwer sei. Ich will mich über die Sache weiter nicht verbreiten, aber

wir haben hier aus dem Mund des Herrn Finanzministers das Zeugnis, daß die Krise, die uns heute mit solcher Schwere trifft, zum größten Teile von den Unternehmern absichtlich herbeigeführt worden ist.

Der Herr Finanzminister war auch der Ansicht, daß über kurz oder lang ein Gesetz über die Kompetenz der einzelnen Ministerien erlassen werden müsse. Wenn der Herr Finanzminister unter diesem Gesetze die Kompetenz versteht, die er sich durch das neue Gesetz über die Regelung der Staatsbeamtengehälter ausbedungen hat, daß er in Zukunft die Steuererhöhungen ohne einen Parlamentsbeschluss direkt durch eine Verordnung des Ministeriums abbauen kann,

daß also das Parlament nichts mehr hineinzureden hat, wenn die Gehälter gekürzt werden, so meine ich, daß das in aller erster Linie die Mitglieder jeder Partei das größte Interesse hätten, dagegen zu protestieren, wenn die Kompetenz der einzelnen Ministerien in dieser Art gemeint ist.

Der Herr Finanzminister hat uns im Budgetauschuß folgendes erklärt: „Ja,

die Steuerherabsetzung ist eine Sache, mit der man nicht erst anfangen darf. Denn wenn man damit anfängt, hat es kein Ende.

Der Herr Finanzminister erklärt eben ganz einfach, daß es nicht möglich sei, mit den Steuern herabzugehen. Ich werde es mir daher angelegen sein lassen, dem Herrn Finanzminister einige Hinweise zu geben, wo er sparen könnte. Vorher möchte ich Ihnen einen Fall erzählen, der zeigt, welche Volkstrennung unter unserer Steuerbeamtenherrschaft herrscht. Ich brauche wohl nicht den Kollegen, die hier sind, eine Belehrung darüber zu geben,

wie es heute mit unserem Zeitungswesen steht, daß heute eine Zeitung, — ich spreche hier von den kleineren Zeitungen, in erster Linie von den Arbeiterzeitungen — sicher nicht imstande ist, irgendwelche Reinerträge zu machen. Jede solche Zeitung ist passiv und braucht besondere Subventionen von den betreffenden Parteien, um sich über Wasser zu halten. Nun scheint diese Erkenntnis noch nicht in den Köpfen unserer Steuerbeamten eingedrungen zu sein.

Ich weiß einen Fall, wo die Steuerbehörde unterbrochen eine solche Zeitung ankam. Es vergeht fast keine Woche, in welcher der betreffende Steueradministrator der Zeitung nicht eine Vorladung zugehen läßt und von ihr neue Ausweise fordert. Die Zeitung soll den Reinertrag von ihrem Umsatz angeben, welcher über 200.000 K beträgt. Nicht vielleicht, daß die Zeitung nicht ihrer Steuerpflicht richtig nachkommen würde, die Zeitung bezahlt die Umsatzsteuer und alle anderen Steuern pünktlich. Ich weiß nicht, warum sich die Steuerbeamten auf diese kleinen Steuerträger werfen, und möchte hier dem Herrn Finanzminister gegenüber den Wunsch aussprechen, er möge diesen Beamten lieber die Belehrung geben, sie mögen mit dieser Genauigkeit, mit dieser ganz strengen Genauigkeit, doch lieber anderswo ansetzen!

Bezüglich der Kriegsanleihe haben heute schon mehrere Redner gesprochen.

Ich möchte Sie auf einen sehr sonderbaren Auspruch des Herrn Reichstellers Dr. Horáček aufmerksam machen, den er bei Behandlung dieser Sache im Budgetauschuß gemacht hat. Er hat erklärt, daß leider die Kriegsanleihefrage, deren Lösung er ja auch wünsche, durch die Schuld derjenigen, die die Lösung brauchen, nicht gelöst werden konnte. Dieser Auspruch des Kollegen Horáček verdient schon beachtet zu werden, denn er zeigt uns, wie von seinen der herrschenden Parteien die Wahrheit in das Gegenteil verkehrt wird.

Der Redner kritisierte dann die hohen Bahn- und fuhr fort: Wir haben im Anschluß auch beantragt, zum Zwecke des Sporens

die Gesundheitskraft beim Vatikan anzulassen.

Die Ueberfülltheit dieser Gesundheitskraft erzeuge sich ja von selbst. Weiters wünschte der Redner Aufklärung darüber, ob die Reise des Präsidenten nach Capri tatsächlich 40 Millionen Kronen gekostet hat. An dieser Reise sollen 200 Personen teilgenommen haben, die Post nach Capri ist per Flugzeug transportiert worden und jeder Postzug soll 10.000 Kronen gekostet haben. Halb Jäggen hat sich lustig gemacht über diese Königsreisen.

Genau so überflüssig ist die Militärkanzlei der Präsidenten!

Wir sind der Ansicht, daß die für die Caprireise verwendeten 40 Millionen Kronen wirklich für etwas Besseres hätten angewendet werden können. Wir müssen uns herumtrauen und freieren um jeden Heller, wenn wir mehr für die Arbeitslosen verlangen und hier wird Geld millionenweise herausgeworfen.

Redner kritisiert dann eingehend den bei uns herrschenden Militarismus und greift die in diesem Staate betriebene Finanzpolitik an, die alles, nur keine Deflationspolitik sei. Vergleichen wen-

bet er sich gegen die bewußte Irreführung der Öffentlichkeit durch eine unrichtige Handelsbilanz.

Unsere Konsulate.

Wir haben in Ägypten eine eigene Gesandtschaft. Trotzdem uns der Herr Minister des Äußeren bei der Budgetberatung im Ausschusse versichert hat, daß er sich redlich bemühe, die Ausgaben für das auswärtige Amt zu verringern und daß im letzten Jahre ca. 30 Honorarkonsulate aufgelassen worden sind, hat er uns nichts davon gesagt, ob es nicht möglich wäre, diese Gesandtschaft in Ägypten aufzulassen. Ägypten ist ein Vasallenstaat Englands von ganz geringer Bedeutung für uns. Es bleibt unverständlich, wozu wir dort eine Gesandtschaft haben. (Genosse Link: „Zum Studieren der Finsternis!“ Allgemeine Heiterkeit im Hause.)

Der Bankbruch der „Moravsko-Slezská“ Banka.

Unser Klub bereitet diesbezüglich eine Interpellation vor und ich beschränke mich daher auf das Allernotwendigste. Wenn Sie von den herrschenden Parteien dieses Alarmzeichen nicht verstehen, das wir jetzt aus Wahren gehört haben, und wenn Sie nicht in sich gehen und Ihre Politik, die direkt zu solchen Katastrophen hinführt, ändern, dann wird es so kommen, wie der Finanzminister sagt: „Das Leben ist härter als der Tod!“ Auch das gesunde Leben des Staates wird sich mit allen Fasern wehren gegen diese Politik und das Ende vom Liede wird sein, daß diese Politik über kurz oder lang ein jämmerliches Fiasko finden wird. Das ist die Politik des Herrn Finanzministers Rasin, zu dem die tschechischen Sozialdemokraten ein unbegrenztes Vertrauen haben.

Der Fluch von Versailles.

Der Herr Finanzminister hat auf meine Ausführungen im Budgetauschuß, daß die letzten Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise in den Friedensschlüssen von St. Germain und Versailles zu suchen sind, kurz und bündig erklärt: „Das ist nicht richtig. Die Ursachen der heutigen Krise liegen in den Folgen des Weltkrieges.“ Diese Antwort ist naiv und kindisch. Wenn nicht Deutschland im letzten Jahre fast ausnahmslos verkauft worden wäre, und nicht alle Aufträge, die heute unsere Industrie haben könnte, nach Deutschland gingen, so hätten wir die Krise nicht so bedeutend gespürt. Diese Zustände in Deutschland sind durch die Friedensverträge geschaffen worden.

Weil wir nun gegen die ganze Finanzpolitik des Herrn Finanzministers Rasin das größte und schärfste Mißtrauen haben, weil wir wissen, daß diese Politik nicht zum Wohle des Staates, sondern zum Ruin gerade der arbeitenden Bevölkerung führt, werden wir gegen das Budget stimmen. (Beifall.)

Der Zusammenbruch der Mährisch-Schlesischen Bank.

Eine Interpellation der Senatoren Genossen Polach und Riechler an die Gesamtregierung.

Am 11. Dezember hat in Brunn die außerordentliche Generalversammlung der „Moravsko-Slezská Banka“ stattgefunden, in welcher die wirtschaftliche Katastrophe dieses typischen Bankinstitutes in einem noch viel schlimmeren Lichte erschien, als die pessimistischste Betrachtung angenommen hat.

Die Gesamtverluste der Bank betragen nicht weniger als 149 Millionen Kronen.

Nast in allen Städten, in denen das Bankinstitut seine Filialen errichtete, zeigt sich das gleiche Bild einer gewissenlosen, verbrecherischen Wirtschaftsgewalt. Das schlimmste Treiben war nicht an eine Stelle gebunden, was die unerhörte Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit der mit der Kontrolle betrauten Organe noch krasser erscheinen läßt. Die auf der Generalversammlung vorgebrachten Tatsachen zeigen, daß der passive Charakter der Bank schon weit zurückreicht und daß die geprüften Bilanzen und die trotz Kenntnis dieser Tatsache weiter betriebene Reklame für die Bank ein Sinecurrenzen immer weiterer Kreise in das Verderben bedeutete, daß es ein bewußter Betrug gewesen ist, der an der Leichtgläubigkeit der Bevölkerung verübt worden ist. Das Unerhörteste ist aber, daß sich der Vertreter der Regierung und andere zur kritischen Prüfung der Geschäftsgewalt bestimmte Personen selbst an der Spekulation beteiligt haben und dadurch die moralische Fähigkeit und Neigung zur Erfüllung ihrer Pflicht einbüßten.

Wir wissen als sozialistische Kritiker des Kapitalismus ganz gut, daß der Fall der Moravsko-Slezská Banka nur ein einzelnes, wenn auch sehr krasses Beispiel für die moralische Fäulnis des Finanzkapitals überhaupt ist, daß die Möglichkeit einer Wiederholung einer solchen Erscheinung immer wieder gegeben ist, weil sie in der Entwicklung des Kapitals selbst gelegen ist und an der Unfähigkeit der kontrollierenden staatlichen Organe und an der durch nichts zurückgehaltenen Hab- und Gierigkeit eine Förderung findet. Verantwortlich für den Bankbruch sind nicht nur die Direktoren, gegen die sich als die sichtbarsten die Wut der Verlustträger wendet, nicht nur diejenigen, die man vor dem Debacle Gewinne

machen und in Sicherheit bringen ließ, um sie in Stummheit zu erhalten.

Schuldig ist auch die Regierung, welche unfähige Menschen mit der Kontrolle der Finanzhänen betraut,

mitschuldig sind die nationalpolitischen Politiker und ihre Presse, denen es gegenüber den „nationalen“ Instituten an Fähigkeit und Neigung zur Kritik fehlt.

Der Untergang der einen Bank mit den unmittelbaren großen wirtschaftlichen Schädigungen birgt aber die Gefahr in sich, daß er auch noch weiterhin das ohnehin schwer leidende Wirtschaftsleben schädlich beeinflusst, andere Bankinstitute und die mit ihm zusammenhängenden Unternehmungen in ihrem Sturz mit hineinzieht und so durch seine Auswirkungen zu den Opfern unter den Einlegern, die noch weit beauerndwerteren Opfer der durch solche Erscheinungen arbeitslos Gewordenen hinzufügt.

Es ist zu befürchten, daß sich die Organe der Regierung damit begnügen werden, nur die sichtbaren unter den Schuldigen zu bestrafen, dagegen nicht Mut und Energie aufbringen werden, die ungesunden Gesamtercheinungen zum Gegenstand des Einwirkens zu machen, daß sie der volkswirtschaftlich ungesunden Entwicklung, die aus volkswirtschaftlich notwendigen Kreditinstituten, die die Banken sein sollten, Stätten der Spekulation, der Schieberei und der Ausbeutung gemacht hat, nicht entgegenwirken wird.

Wie fragen die Regierung, was sie zu tun gedenkt:

- 1. Um die mitschuldigen Regierungsorgane der Bestrafung zuzuführen. 2. Um alle Verantwortlichkeiten bei dem Bankbruch festzustellen. 3. Um die Opfer des Bankbruchs vor Schädigungen ihrer Existenzen zu beschützen. 4. Um eine Wiederholung einer solchen Katastrophe in Zukunft unmöglich zu machen.

Eine internationale Frauenkonferenz im Gange.

Die deutsche Bölkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik verendet einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Vom 7. bis 10. Dezember fand im Haag eine vom holländischen Zweig der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufene Konferenz statt, auf deren Tagesordnung als einziger Verhandlungsgegenstand „Ein neuer Friede“ stand. Bei der Konferenz waren 111 Organisationen der ganzen Welt vertreten, die eine Mitgliederanzahl von 20 Millionen repräsentierten. Einhellig kam auf der Konferenz der Gedanke zum Durchbruch, daß die bestehenden Friedensverträge der Welt keinen dauernden Frieden gebracht haben, sondern daß sie im Gegenteil gefährlichen Samen zu neuen politischen Verwicklungen angefaßt, daß sie den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas und immer mächtiger entzündenden daß zwischen den einzelnen Nationen verurteilt haben.

Frau Joube verwarnte sich im Namen der französischen Frauen aufs nachdrücklichste dagegen, daß die Kosten des Wiederaufbaus der durch den Weltkrieg zerstörten Gebiete ausschließlich den Schultern Deutschlands aufgebürdet werden sollten; dadurch werde die Lüge von der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege neuerlich anerkannt, während doch alle Staaten in gleicher Weise die Schuld tragen.

Als Ergebnis der Konferenz wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: Die Konferenz erklärt, daß der gegenwärtige trostlose Zustand Europas und seine Auswirkungen auf die übrige Welt nicht nur auf den Weltkrieg, sondern zu sehr großem Teil auch auf die gegenwärtigen Friedensverträge zurückzuführen sind. Diese widersprechen den Wissenschaftsbedingungen und sind unvereinbar mit dem Geist des Völkerbundes, wie er im Vorwort zur Völkerbundverfassung dargelegt ist. Sie haben sich sowohl in politischer wie wirtschaftlicher, militärischer und psychologischer Beziehung als verhängnisvoll erwiesen, haben den wirtschaftlichen Wiederaufbau auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit und Befriedigung internationaler Interessen verhindert, da sie keine Durchführung zu einer Angelegenheit jener Nationen machen, die in diesem Weltkriege den militärischen Sieg davontrugen, und haben die Aufrechterhaltung eines allgemeinen, demokratischen und wirksamen Völkerbundes verzögert. Darum fordert die Konferenz einen neuen Frieden auf Grund internationaler Vereinbarungen und seine Mitglieder beschließen, mit allen erdenklichen Mitteln für die Einberufung eines Weltkongresses, sei es durch den Völkerbund, sei es durch eine Nation oder eine Gruppe von Nationen zu wirken, um diesen neuen Frieden zu schaffen.

Wie es aus den internationalen Kongressen üblich zu werden beginnt, standen auch diesmal die Vertreter der kleinen Nationen, von denen nur die Tschechoslowaken und Polen erschienen waren, diesmal verklärt durch Vulgarität, abseits, indem sie sich der Stimmenabgabe enthielten: Diese wacker-„patriotischen“ tschechischen Frauen, deren Namen man sich merken darf, heißen Marie Lebrun-Banek und Franziska Blamisel.

Die französische Schandjustiz.

Paris, 14. Dezember. Das Strafgericht hat heute die kommunistischen Abg. Vaillant, Couturier und Cahin, die angeklagt sind, Militärpersonen zum Ungehorsam aufgereizt und anarchistische Propaganda getrieben zu haben, zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Nache an Michael Karolyi.

Die Hortisten haben es dem Grafen Karolyi nicht vergessen, daß er in den Zeiten ihrer ungetriebenen Macht, als die Völkerverdrängung noch ganz Oesterreich-Ungarn am Karrenfusse nachzog, an ihren Methoden und Verbänden Kritik zu üben wagte. Weil er persönlich außerhalb des Machtbereiches ihrer Nache wollte, ließen sie ihm wenigstens seine Güter im Prozeßwege konfiszieren. Die Güter der „heiligen Eigentumsrechte“, die „Recht“ und „Lehre Christi“ miteinander identifizieren, als Konfiskatoren — dieser Kontrast fordert dazu heraus, eine Satire zu schreiben. Karolyi als „Verbrecher“ zu entlarven, der durch „Hochverrat“ jeden Anspruch auf Besitzungen in Ungarn verwirkt hat, haben sich die Herrschaften leicht gemacht. Sie häufen auf ihn einfach alle „Delikte“ aus dem Hinterland — Legenden im allgemeinen und alle Anklagen gegen die Pöbelherrschaft in besonderen, das muß genügen. So erklärt denn das Verbot, um die Konfiskation zu begründen, in der Dienstzeit begonnenen, bald wieder abgebrochenen Verhandlung, Karolyi habe im Herbst 1917 französischen Unterhändlern seine Mitwirkung dazu angeboten, eine deutschfeindliche Agitation zu entfalten. Im Jahre 1918 sei er mit Sozialdemokraten in Verbindung getreten, um die Massen gegen den ungarischen Staat aufzuwiegen, wodurch im Jänner und Juli 1918 auch Arbeiterstreiks hervorgerufen worden seien, in deren Folge Approvisionierungsschwierigkeiten an der Front eingetreten seien. Im Oktober 1918 habe er in den Delegationen in einer Rede die Regierung für den Krieg verantwortlich gemacht und dadurch zur Schwächung unseres Selbstverteidigungskampfes, und dazu beigetragen, den Glauben unserer Feinde an ihren Sieg zu kräftigen. Durch die Organisation des Nationalrates und mit Hilfe der revolutionären Soldatenräte habe er zum äußeren und inneren Zusammenbruch beigetragen. Mit Hilfe der im Besitze des Munitionspersonals befindlichen Waffen habe er im Jahre 1918 die Macht an sich gerissen, die Proklamierung der Volksrepublik vorbereitet und den König an der Ausübung seiner königlichen Rechte gehindert, und ohne Befragen der Nation und der militärischen Kräfte, sowie ohne vom Feinde eine Aufforderung erhalten zu haben, die Niederlegung der Waffen angeordnet und dadurch das Land dem Feinde geöffnet. Von all diesen Beschuldigungen hat nur die Verhandlung mit Frankreich den Charakter des Hochverrats, doch hängt sie bewußlos in der Luft und ist vermittellos nach dem — dafür wahren — Beispiel von Karls Sixtusbriefen erfunden. Die Verbindung mit der Arbeiterschaft und die Rede in den Delegationen war des Parlamentarier Karolyi gutes Recht, und wenn er Karl in Ungarn umdrehen wollte, so erwies er damit zwar nicht den Hortisten, wohl aber seinem Vaterlande den größten Dienst. Einen Dienst, bei dem ihm im Spätherbst 1918 Graf Andrássy und Stefan Friedrich mit Secularität geholfen haben. Worauf Karolyi Verteidiger treffend hinwies, aber sie haben den Heimweg von der Empörung zum national-ungarischen Faschismus zurückgefunden. Karolyi nicht als Rechtskomödie, in der sich das Nachbarbedürfnis mit dem Mantel der Frau Justitia drapiert, wird jedenfalls der Karolyi-Prozeß in den Geschichtsbüchern Bestand haben.

Europa am Wendepunkt.

Jetzt, wo die Londoner Konferenz scheinbar resultatlos verlaufen ist — scheinbar, denn Poincaré ist mit dem Vorschlag, ins Ruhegebiet einzutreten, vorderhand abgelehnt und Bonar Law hat zugegeben, daß die Reparationen und Europas Schulden an England innig zusammenhängen, und beides dies sind positive Ergebnisse — jetzt erkennt man deutlich, daß es vor allem von zwei Faktoren abhängt, ob die Weltschuldfrage gelöst werden kann, oder ob Europa hoffnungslos in einem Chaos verfallen soll. Das eine Mal von der Haltung der Vereinigten Staaten den interalliierten Schuldner gegenüber, das andere Mal von dem Zustandekommen eines deutschen Vorschlags, der auch auf der Gegenseite für eine tragfähige Basis gehalten wird. Daß die Haltung der Vereinigten Staaten stark von den Ereignissen auf dem alten Kontinent beeinflusst wird, ist bekannt. Alles wird also letzten Endes von den positiven Vorschlägen und — mehr noch — von den positiven Maßnahmen abhängen, die Deutschland in diesen drei Wochen Galgenfrist unterbreitet. Deutschland gleicht augenblicklich einem Schachspieler, der in einem Drama den entscheidenden Monolog spricht. Aller Blick vor und hinter den Kulissen sind auf diesen einen Spieler gerichtet. Aber Deutschland hat weder ein Textbuch, noch eine Souffleuse, die ihm ausweichen könnten. Es muß Worte und Gesten selbst finden. Es wird also eine außerordentlich lebendige Kraftentfaltung entwickeln müssen. Weder Italien noch England sind von vornherein böswillige Partner, das Gleiche sollte man zurzeit von der kleinen Entente annehmen. Man wird die richtigen Stichworte geben müssen. Und mehr noch als von allem anderen hängt es davon ab, ob das Kabinett Cuno die Kraft finden wird, den Intriganten im eigenen Lande Mund und Hände zu knebeln. Denn das ist nötig. Es ist geradezu lächerlich, daß das deutsche Volk, das auswärts viel mehr Kredit hat, als es einige Gruppen

Spekulanten wahr haben möchten, sich vor einem kleinen Mangel Großindustrieller beherrschen und ins Unglück führen lassen soll. Hier muß die deutsche Regierung mit tatkräftiger Arbeit einsetzen, oder es hat überhaupt keinen Zweck, einen Finger zu führen, und Deutschland mag Poincaré die Bühne für seinen letzten großen Macbeth-Monolog überlassen, den er seit Jahren vorbereitet hat.

Wenn freilich nicht alle Anzeichen trügen, scheint es Poincaré im letzten Augenblick doch davor zu grauen, alle Konsequenzen aus seinen tönernen Tiraden zu ziehen. Dafür sprechen die Erklärungen, die er vor den französischen Journalisten abgegeben hat und in denen er merkwürdig vorsichtige Worte wählt. Er bezeichnet es da, um als in London erfolgreicher Kämpfer zu erscheinen, als einen gewaltigen Fortschritt, daß England und Italien jetzt seinen Vorschlag zustimmen scheinen, jedes an Deutschland gewährte Moratorium durch wirtschaftliche Pfänder zu sichern. Und, fuhr er fort, „soll man diesen Erfolg durch eine isolierte Aktion im Ruhrgebiet in Frage stellen?“ Entgegen dem Kriegsrat, der vor einigen Tagen im Elisee abgehalten wurde, und entgegen allen von der Regierung nicht dementierten, also stillschweigend zugegebenen Einmarschmeldungen der letzten Tage behauptet Poincaré plötzlich: „Ich habe niemals gesagt, daß ich daran denke, das Ruhrgebiet zu besetzen, sondern von einer anderen Sicherung gesprochen. Ich weiß noch nicht, für welche Art der Pfändersicherung ich mich entscheiden werde. Aber schon jetzt kann ich sagen, daß zu diesem Zwecke keine Truppen in Anspruch genommen werden sollen. Dies ist ebenso sicher, wie mein Entschluß, in sein Moratorium ohne bestimmte Sicherungen einzurufen.“ Auch diese Worte berufen noch genug für Deutschland unerträglichste Möglichkeiten, aber die Gefahr seiner Herabsetzung scheint augenblicklich wenigstens gebannt. Wie Deutschland die leichte Entfrachtung nutzen wird, um ausstehende Vorschläge zu machen, und wie weit die Intransigenten Frankreichs einzulernen gedenken, davon hängt die Zukunft ab. Europa steht an einem Wendepunkt.

Inland.

Die Staatsbeamtenvorlage.

Nach großen Anstrengungen ist es endlich den Koalitionsparteien gelungen, den Referenten für die Vorlage, durch die den Staatsbeamten ihre Gehälter herabgesetzt werden, zu finden. In dunkler Nacht wurde der tschechisch-agrarische Gastwirt (!) Abgeordneter Malik, der gewöhnlich ein „Faschmann“ in Staatsangestelltenfragen sein dürfte, aus Mähren nach Prag geholt, sodas er bereits in der Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses, die um halb 10 Uhr früh begann, erscheinen konnte. Die Art seiner Verteidigung der Vorlage zeigt auch, daß dieser Mann von ihr keinen blauen Dunst hat.

Zu der Vormittagsitzung stellten unsere Genossen den Antrag auf 48stündige Fristverlängerung des Verhandlungstermines dieser Vorlage, sowie der über die Baubewegung. Die Koalition lehnte den Antrag ab und es wurde in die Generaldebatte eingegangen. Es sprachen u. a. die Abgeordneten Taub und Grünzner und von den übrigen Oppositionsparteien die Abgeordnete Brodeck (Zentrist), Kůcera (Kommunist) und Šalický (deutscher Christlichsozialer). Genosse Taub rüde die Verteidigung der Vorlage durch den Referenten in das wahre Licht und fragte, warum die tschechische nationaldemokratische Partei nicht den Referenten gestellt hat, da ja die Vorlage ein Kind Nadin ist. Warum hat nicht der Abgeordnete Rabratil, der ja den Staatsangestellten sonst alles Gute bringt, diese Rolle übernommen? Um 1/2 Uhr wurde die Vormittagsitzung geschlossen.

In der Nachmittagsitzung, die um halb 4 Uhr begann, sprach wiederum außer andern Neben Abgeordneter Genosse Taub, der mit der Haltung der tschechischen sozialistischen Parteien bei dieser Vorlage abrechnete und sich insbesondere mit den Ausführungen des tschechisch-sozialistischen Abgeordneten Laube und des Berichterstatters beschäftigte. Schließlich wurde mit 15 gegen 11 Stimmen das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen. Beachtenswert war, daß der deutschnationalen „Angestellten“-vertreter Kabi! wiederum durch Abwesenheit glänzte.

Zu der Nachsitzung begann die Spezialdebatte.

Aus dem Auswärtigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses. Vor Eingang in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung protestierte Abg. Genosse Dr. Politzher dagegen, daß der Vorsitzende an Stelle des gestern mit der Berichterstatter berurteilten Dr. Winter aus eigenem Ermessen einen andern Berichterstatter, den Dr. Drexler, bestimmt hat und beruft sich dabei auf § 25 der Geschäftsordnung, die vorschreibt, daß ein Wechsel des Berichterstatters nur mit Zustimmung, wenigstens der Hälfte aller Ausschussmitglieder zulässig ist. Der Vorsitzende Abg. Nemeš gibt die Berechtigung der Beschwerde zu und läßt abstimmen. Da nur vier Abgeordnete für den Wechsel der Berichterstatter stimmten, lehnt der Vorsitzende den Punkt 1, die Genfer Protokolle, von der Tagesordnung ab. Es wird hierauf Punkt 2 der Tagesordnung, der Regierungsvortrag über die Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland verhandelt und angenommen. Inzwischen haben Vertreter der Mehrheitsparteien mit dem Vorsitzenden verhandelt, der die Sitzung unterbricht. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird festgestellt, daß Dr. Winter beurlaubt ist, daß ihm daher die Bestellung zum Berichterstatter nicht zugestellt werden

konnte, er also nicht als solcher zu betrachten war. Es handle sich nicht um den Wechsel des Berichterstatters, sondern um dessen neue Bestellung. Der Vorsitzende schlägt als Berichterstatter den Abg. Drexler vor. Es wird dann in die Verhandlung über die Zustimmung zu den Protokollen über die Sanierung Oesterreichs eingegangen.

Eine neue Partei in der Slowakei. In der slowakisch-lexikalen Partei der „slowakischen Volkspartei“, gibt es seit einigen Monaten einen oppositionellen Flügel, der unter der Führung des Abg. Brabec steht. Das Zentrum dieser Opposition sind die katholischen gewerkschaftlichen Organisationen der Slowakei. Politisch tritt die Strömung gegen die intransigente Haltung Hinlas gegenüber dem Proger Zentralismus auf. Diese Opposition wird sich nun demnach in einer eigenen Partei konstituieren, die den Titel „Christlichsozialer Partei“ führen wird. — Auch der gewesene Minister Micura will eine neue Partei gründen, welche die katholischen konservativen Elemente in der Slowakei umfassen soll.

Man ist mit uns nicht zufrieden. Nämlich das Amtsblatt der Regierung, die „Ceskoslovenska Republika“, einerseits kolportiert die deutsche Sozialdemokratie nach der Meinung dieses Blattes mit den tschechischen Kommunisten, andererseits sei die Partei zu national, sei in zu enger Gemeinschaft mit den Deutschbürgerlichen. Worin diese Gemeinschaft politisch besteht, sagt zwar die „Ceskoslovenska Republika“ nicht, aber die Behauptung allein genügt ja, besonders, wenn sie von einem Amtsblatt ausgesprochen wird. Dem Gott ein Amt gegeben hat, dem gibt er auch den Verstand — wie groß muß da erst der Verstand eines Amtsblattes sein! Dabei fählt die „Ceskoslovenska Republika“ natürlich nicht, wie sie sich mit einer solchen Behauptung lächerlich macht. Sie ist das Amtsblatt einer Regierung, in der die tschechischen Sozialdemokraten zusammen mit den bürgerlichen Parteien der tschechischen Nation sitzen, hält uns die tschechischen Sozialdemokraten, die politisch und faktisch mit den bürgerlichen Parteien auf einer Linie marschieren, als Muster vor und erklärt die deutschen Sozialdemokraten, die mit den Bürgerlichen keinerlei politische Gemeinschaft verbindet, als national. Die tschechische Sozialdemokratie also, die mit den nationalen Parteien koalitiert ist, ist nicht national, wohl aber die deutsche Sozialdemokratie, die mit den deutschnationalen Parteien nicht koalitiert ist, ist national. Dieses Kunterbund von einander sich widersprechenden Gedanken kann wirklich nur ein Leser eines tschechoslowakischen Amtsblattes verstehen. Im übrigen tut es uns gar nicht weh, wenn uns ein Amtsblatt der Tschechoslowakei tadelt, genau so wenig, wie uns der Tadel der österreichischen Amtsblätter wehgetan hat.

Telegramme.

Eine Sowjetregierung im Fernen Osten.

Prag, 14. Dezember. Von der Presseabteilung der Vertretung der Russischen sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik in CSM. wird mitgeteilt: Der Vorsitzende der Vertretung NSZSM in der Tschechoslowakei hat dem Minister des Äußeren der Tschechoslowakischen Republik eine Note über den Anschlag der Republik des Fernen Ostens an NSZSM, gelebt, worin es heißt: Infolge der einmütigen Forderung der Arbeiter, Bauern und Soldaten der Volksarmee der Republik des Fernen Ostens über den Anschlag derselben an Russland und die Errichtung der Sowjetregierung im Fernen Osten hat die Nationalversammlung der Republik des Fernen Ostens am 14. November einstimmig die Auflösung der Nationalversammlung, den Anschlag der Republik des Fernen Ostens an Russland und die Errichtung der Sowjetregierung, sowie die Organisation des Revolutionärausschusses des Fernen Ostens proklamiert. Der Revolutionärausschuss hat den Beschluß der Nationalversammlung dem allrussischen Zentralvolkskongress übermitteln, welcher am 15. November seine Zustimmung kundgab und das Gebiet der früheren Republik des Fernen Ostens mit den Daten, welche bisher von fremden Staaten okkupiert sind, als unteilbaren Bestandteil von NSZSM. erklärt.

Seipel will Neuwahlen, die Großdeutschen winken ab.

Wien, 14. Dezember. (Eigenbericht.) Die Frage der Neuwahlen scheint erledigt zu sein. Die Verhandlungen der Christlichsozialen mit den Großdeutschen sind noch nicht vollständig gescheitert, es ist aber nahezu keine Aussicht, daß die Großdeutschen auf die Vorschläge der Christlichsozialen eingehen. Die Christlichsozialen wollen erstens eine Einheitsliste mit den Großdeutschen und dann wollen sie die Wahlordnung dahin abändern, daß die Zahl der Abgeordneten verringert wird, daß die kleinen Wahlkreise zusammengefaßt und ganze Länder ein Wahlkreis werden. (Der Geist Gekmanns spukt noch immer in Wien? D. Red.) Außerdem wird die Zeit zur Erledigung der Wahlordnung zu kurz. Wenn bis zum März Wahlen sein sollen, hätte die Wahlordnung bis Weihnachten im Nationalrat erledigt sein müssen. Nun hat aber der Nationalrat noch das Budget oder doch zumindest das Budgetprovisorium zu erledigen. Außerdem muß noch eine Vorlage über die Arbeitslosenunterstützung erledigt werden, die die Regierung einbringen will. Ueber diese Vorlage finden noch Verhandlungen statt, weil die Sozialdemokraten sie für ganz ungenügend halten. Die Verhandlungen wurden heute den ganzen Tag geführt, haben aber noch kein Ergebnis gezeitigt, sodas der Budgetauschuss heute noch nicht das Budgetprovisorium in Angriff nehmen konnte. Es ist also keine Aussicht, daß vor Weihnachten außer der

Arbeitslosenvorlage und dem Budgetprovisorium auch noch das Gesetz über die Neuwahlen erledigt werden könnte. Dazu kommt, daß der Christlichsozialer Parteitag, der erst über die Stellung der Christlichsozialen entscheidet, erst im Jänner stattfindet.

Zusammenkünfte im deutschen Reichstag.

Berlin, 14. Dezember. (Eigenbericht.) Im Reichstag kam es heute anlässlich der Beratungen über die bürgerlichen Gesetzesentwürfe, die auf eine Steuerentlastung der hohen Vermögen abzielen, zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Deutschnationalen und unseren Genossen. Besonders nervös gebärdete sich der Abgeordnete Sellnerich, der dem Berichterstatter Genossen Heuböck Mangel an Objektivität vorwarf, ohne natürlich diese Behauptung beweisen zu können.

Der Prozeß Harden.

Berlin, 14. Dezember. (Eigenbericht.) Im Hardenprozeß sprach heute der Oberstaatsanwalt Schweizer und stellte den Strafantrag wegen Mordversuchs und Anstiftung zum Mord. Er betonte, daß ein Zusammenhang zwischen diesem brutalen Anschlag und den übrigen politischen Morden sicher besteht; die Angeklagten wählten ganz genau, wer ihre Hintermänner seien und diese mühten sich durch ein geeignetes Verfahren ermitteln lassen. Die Aussagen der Angeklagten trügen deutlich den Stempel der Lüge. Der Verteidiger suchte die Angeklagten als arglose Leute hinzustellen. Dann sprach noch der Nebenkläger Maximilian Harden selbst. Die Verhandlung dauerte am späten Abend noch an und es ist ungewiß, ob der Prozeß heute noch beendet werden kann.

Das englische Oberhaus gegen die deutschen „Garantien.“

London, 13. Dezember. (Savas.) Im Oberhaus stimmte Birkbeckhead der Reparationspolitik Bonar Law's zu und sprach sich gegen die von Frankreich empfohlenen Garantien im Zusammenhang mit einem eventuellen Moratorium für Deutschland aus. Lord Grey forderte die baldige Einberufung einer internationalen Bankierkommission und eine Erweiterung der Macht des Völkerbundes. Er wünscht die vollständige Streichung der interalliierten Schulden. Der Lordpräsident des geheimen Rates, Salisbury, erklärte, die Regierungspolitik zielt auf eine Stärkung der Stabilität und des Vertrauens in der Welt ab. Er erklärte, es sei vor allem notwendig, daß die engen Beziehungen zwischen Frankreich, England und Italien aufrecht erhalten bleiben.

Die Türken lenen ein?

Konstantinopel, 14. Dezember. (Savas.) Die Situation in der Minoritätenfrage hat sich bedeutend gebessert. In der heutigen Kommissionsitzung erklärte Ismet Pascha, daß die Türkei gewillt sei, die Minderheiten unter die Bestimmungen des Völkerbundes nach dem Muster der Bestimmungen in den übrigen Friedensverträgen zu stellen und eine allgemeine Amnestie zu gewähren, sie lehne aber auch weiterhin die Errichtung einer armenischen Heimat und die Befreiung der christlichen Minderheiten vom Militärdienst ab.

Das sterbende Frankreich.

Paris, 13. Dezember. Das Amtsblatt veröffentlichte den Bevölkerungsstatistik der ersten Hälfte des Jahres 1922, die gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Geburtenabnahme von 25.454 und eine Zunahme der Sterblichkeitsziffer um 39.352 aufweist. Der Ueberschuß der Geburten gegenüber den Sterbefällen beträgt nur 9.045 gegen 72.851 im Vorjahr.

Tages-Neuigkeiten.

Das Christkind der Gemeinde Prag und das der Gemeinde Wien. Wir haben erst gestern über die Verteuerung der Straßenbahnfahrkarte in Prag berichtet. Die Erhöhung der Preise der Monatskarten wird nach dem Beschluß des Verwaltungsausschusses der städtischen Elektrizitätsunternehmungen bei manchen Kategorien 30 bis 40 Prozent betragen. Wenn das bei den offiziellen statistischen Berichten Woche für Woche erzählt, unumgänglich sein soll, so erscheint die Verwaltung der Prager Stadtbetriebe, verglichen mit der der Wiener Elektrizitätswerke, in einem eigenartigen Lichte. Nachdem erst kürzlich der Wiener Gemeinderat die Herabsetzung des Straßenbahntarifes um 100 Kronen beschlossen hat, verlaute nun wieder, daß schon in der aller nächsten Zeit, noch vor Weihnachten, eine neue Verbilligung der Tarife um 100 Kronen erfolgen wird. Die sozialdemokratisch verhaltene Stadt Wien kann dank der Selbstkostentheorie, die sie seit dem Einzug der Sozialdemokraten in die Gemeinde verfolgt und die es erst ermöglicht hat, daß die großen städtischen Unternehmungen die ganzen schweren Jahre hindurch ungestört betrieben werden konnten, bei sinkenden Preisen nun sofort auch die Tarife ermäßigen. Wie Vizebürgermeister Genosse Emmerling gestern im Stadtsenat mittelte, dürfte der Preis für den Tagesfahrchein wieder um 100 Kronen, also von 1600 Kronen auf 1500 Kronen herabgesetzt wer-

den. Während also der stolze Bürger der königlich-republikanischen Hauptstadt für die kleinste Strecke 1.20 K zahlt, wird der arme Wiener stundenlang für 68 tschechische Heller herumfahren können.

Starker Tabak. Häufige, wahrscheinlich alltägliche Zigaretten erfuhr man gestern von dem Senator Velsch, der in seiner Rede u. a. erzählte: Die Tabakregie kaufte aus Bulgarien für acht Millionen Bwanon von der Firma „Lewant“ Tabak und liefen Kauf vermittelte der Agent Arafel. Als kürzlich der Tabak geliefert werden sollte, lehnte die genannte Firma die Tabaklieferung ab, besonders zu dem früher vereinbarten Preis, und da erst wurden die Akten geprüft und man kam darauf, daß die Tabakregie von der Firma Lewant keinen Schlußbrief erhalten habe. Der Redner verlangte, daß jener Beamte, der sich nicht um die ordentliche Einhandlung des Schlußbriefes gekümmert habe, zur Verantwortung gezogen werde. Der zweite Fall, der ebenfalls die Tabakregie betrifft, ist folgender: Heuer im Frühjahr kam eine Tabaklieferung aus Bulgarien nach Triest. Sie wurde dort vom Vertreter unserer Tabakregie geprüft, besonders verglichen, ob die Sendung mit dem Muster übereinstimmt und es wurde festgestellt, daß die Sendung schlechter als das Muster sei. Sie wurde deshalb als minderwertig bezeichnet und für sie ein niedrigerer als der ursprünglich vereinbarte Preis gezahlt. Der Beamte der Tabakregie erstattete hierüber Bericht. Die Zentraldirektion der Tabakregie aber trug der Fabrik in Gding auf, diese Sendung an zu nehmen und zu bezichtigen, daß diese Sendung besser als das Muster sei. Und tatsächlich sandte auch der Direktor der Tabakfabrik in Gding an die Zentraldirektion folgendes Telegramm: „Ueber Auftrag der Zentraldirektion wurde nach Oeffnung erkannt, daß die Ware der zweiten Serie besser als das Muster sei.“ Made in CSR.

Noblesse de la republique . . . Der „Vöber“ meidet, daß der dieser Tage vorfindende tschechische Universitätsprofessor Dr. Vrba, Präsident der tschechischen Akademie, als „Alpenrosen“ eine Pension von 9000 K bezogen und als er sich entschlossen habe, um eine Erhöhung dieser Pension anzusuchen, sei er aufgefordert worden, ein „Leumundsbeweisnis“ vorzulegen. Der „Vöber“ bezeichnet dies als einen Skandal und fügt hinzu, daß dies nicht nur dem Professor Vrba, sondern auch allen anderen im Ruhestand befindlichen Hochschulprofessoren geschehen sei. — Dafür, erlauben wir uns zu bemerken, handeln wir uns nicht gegenüber unseren — selbstbezogenen und importierten — Herren Offizieren. Das liegt eben im herrlichen System Rasin, daß immer an der richtigen Stelle gepart wird.

Der Wiener Index trotz Genf fast unverändert. Die zur Feststellung des Index bestellte amtliche Kommission hat heute festgestellt, daß die Lebensmittel vom 15. November bis zum 14. Dezember um 3.5 Prozent billiger geworden sind und hat den Index mit Minus drei bestimmt. Seit September ist eine Verbilligung um 15 Prozent eingetreten. Gegenüber Juni sind allerdings alle Lebensmittelpreise noch immer fünfmal so hoch. (Wo bleibt aber der Preis- und Indexsturz, den die Prälaten-Regierung den allesgläubigen Wienern versprochen hat? Der Genfer Handelsvertrag ist doch Gott und Teufel sei Dank längst unter Dach und Fach!)

Gural, 20.000 Sektoliter Madeira- und Oporto-Weines für die Tschechoslowakei. Der „Temp“ meldet aus Lissabon, daß ein Handelsvertrag zwischen Portugal und der Tschechoslowakei abgeschlossen worden ist. Die Tschechoslowakei wird 20.000 Sektoliter Madeira- und Oportoweines aus Portugal einführen und Portugal Vorzugszolltarife gewähren. — Hoffentlich treffen die herrlichen Weine noch rechtzeitig zum Bankett aus Anlaß der Gesetzgebung des Beamtengesetzes ein!

Schularztliche Untersuchungen im Bezirke Teischen. Genosin Verthe brachte in ihrer gestrigen Rede im Senate eine Zusammenstellung der Befunde, die bei den Kindern durch die Schularzte im Bezirke

Teischen — die Stadt Teischen nicht inbegriffen — festgestellt wurden. Das Resultat war folgendes: 1313 blutarme Kinder, bei 1099 Kindern schlechte Zähne und Zahnkrankheiten, 477 Erkrankungen von Nase, Hals und Rachenwucherungen, 1625 Drüsen-, 277 Wirbelsäulenverkrümmungen, 112 ernste Herzfehler, 83 geistig Minderwertige und 1817 in Ueberwachung stehende.

Die Post wird doch billiger? Die „Növa Doba“ teilt uns angeblich sicherer Quelle mit, daß im Postministerium an der Verbilligung der Posttarife gearbeitet wird. Die Ermäßigung soll im Laufe des Monats Jänner eintreten. — Wie oft hat man das schon gehört: die Post wird billiger, sie wird nicht billiger, sie wird doch billiger — und zum Schluß wird sie ein ganz klein wenig teurer.

Beförderung von Paketen in der Weihnachtszeit. Die Post ersucht, in der Vorweihnachtszeit Pakete rechtzeitig aufzugeben, damit sie den Empfängern noch vor Weihnachten zutreffen. Das gilt besonders für Lebensmittelverpackungen, die in der Weihnachtsperiode, mit Rücksicht auf den großen Paketverkehr, keine besondere Bevorzugung genießen. Da bei dem großen Verkehr die Pakete nicht so sorgfältig wie sonst behandelt werden können, ist eine feste und dauerhafte Verpackung unbedingt nötig. Die Postdirektion empfiehlt daher, zum Versand nach Möglichkeit Holzkristen zu verwenden, die Adressen deutlich und direkt auf die Verpackung zu schreiben oder aufzukleben. Sendungen müssen die genaue Wohnungsangabe des Adressaten (Bezirk, Straße, Gasse und Haus-Nr., sowie Stockwerk) tragen und ihr Inhalt sowohl auf der Begleitadresse als auch auf der Sendung selbst angegeben sein.

Literatur.

Bücher über Kunst. In der Hochstuf der Rezensierungen von illustrierten Kunstbüchern, die uns in deutschen Verlagskatalogen und Buchläden die Augen übergehen lassen, behaupten die einschlägigen Väter der Orbispictus-Welt-Kunstbücher ihren Platz und erweitern den Kreis ihrer eingeschworenen Interessenten mit jedem neuen Bande. Eigentlich Pioniere auf dem freieschwebenden Kunstgebiet, zeigen sie die hohe Kultur und bedeutende suggestive Kraft der uralten Kunstleistungen sowie ihren quellenmäßigen Wert auf Gebieten, wohin die allgemein zugängliche Kunstwissenschaft kaum hingeküchelt hat. Von den Orbispictus-Bänden, die zu den billigsten und best illustrierten Kunstbüchern bei knappem Zeit und großem, sorgfältig ausgeführtem Bildmaterial gehören, ist jeder einzelne zu nennen und zu preisen, jeder ein glücklicher und zusammenfassender Griff. Durch Aufzählung der gesamten, bisher erschienenen Orbispictus-Bände möchten wir das Bestreben des Verlages, neue Gebiete der Kunstgeschichte dem Interesse sowie der künstlerischen Verarbeitung unterer Volksschichten zu eröffnen, unterstreichen.

- 1. Indische Baukunst von Paul Wertheim; 2. Altgriechische Kunst von Fannio Galle; 3. Griechische Plastik von Wolfram Ullrich; 4. Chinesische Landschaft von Alfred Salmons; 5. Arabische Monumentalplastik von Karl Witt; 6. Indisch-islamische Miniaturen von Gattor-Rheiter; 7. Afrikanische Plastik von Karl Einstein; 8. Mexikanische Kunst von Walter Schmamm; 9. Petriusische Kunst von Otto Weber.

Die neuesten Erscheinungen der Bestenbücherei behandeln in Band 10 Aestete deutsche Malerei, Band 11 Mittelalterliche Eisenarbeiten, insbesondere europäische, und zwar deutsche Kunst und bringen den sich formal ändernden Kampf zwischen dem Geist der Völkermigrations-Epoche mit dem sich mehr und mehr durchsetzenden imperialistischen Prinzip der Beherrschung und Bürgerlichkeit, endlich die elegante frühromantische Welt der chinesischen Kleinplastik von Fritz Burchard. — V. Lpp. —

Copyright 1922 by Dr. W. L. S. Verlag, Berlin-Gatow.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (34)

Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Der Karren fuhr zum Stadtfängnis. Dies erschreckte mich ein wenig, denn ich fürchtete ohnehin, meine Freunde könnten jeden Augenblick auf Veranlassung der Kirche verhaftet werden. Doch schien dies Zimmermann keineswegs zu beunruhigen. Er wollte die Streifen besichtigen, die vor dem Prinz-Restaurant verhaftet worden waren. Mit eisernen Händen stand er vor dem großen, vertiegelten Tor, verlangte Einlaß. Eine starrende, verblüffte Menge rodete sich zusammen. Ich beobachtete die Szene, und durch meinen Kopf schwirren Worte, die ich in meiner Kindheit gelernt hatte: „Ich bin krank gewesen, und ihr habt mich besucht. Ich bin gefangen gewesen, und ihr seid zu mir gekommen.“

Doch war anscheinend der Sonntag kein Besuchstag im Gefängnis, und die kleine Schar wurde fortgeschickt. Während sie wieder den Karren bestieg, kamen aus dem Gefängnis zwei stämmige Burshen; man sah ihnen sofort an, daß sie Polizisten in Zivil waren. „Weshalb laßt ihr ihn nicht ein?“ rief eine Stimme aus der Menge, und einer der Detektive erwiderte höhnend: „Macht euch keine Sorgen, er wird bald genug drin sein.“

Der Karren setzte sich langsam in Bewegung; das Gefährt war ein einspänniger Transportwagen, der, dies erfuhr ich später, einem Landsmann von Korowik gehörte. Dieser Landsmann, Simon Carlin, erwartete seinen spärlichen Lebensunterhalt dadurch, daß er für die Nachbarschaft Pakete und Frachten beförderte. Jetzt

jedoch stand er bereit in Zimmermanns Damm, daß er sein Geschäft völlig vernachlässigte, um den Propheeten herumfahren zu können. Ich erwachte dies, weil am folgenden Tag die Zeitungen darüber höhnten, daß der Pseudogottsmann in einem alten, wackligen Transportkarren durch die Stadt fahre, von einer alten, niedergeborenen Nährt gezeugen.

Der Karren fuhr nach einem ärmlichen Stadtviertel, hielt in einer Straße, deren Namen ich nicht kannte, vor der kleinen Hütte eines Arbeiters an. Hier lebte James, der Zimmermann; auf den Stufen standen seine Frau, ein halb Dutzend Kinder, seine alten Eltern und noch einige mir fremde Leute. Viele Menschen waren dem Karren gefolgt, von allen Seiten strömten ihrer noch mehr herbei, hielten den Propheeten, zu ihnen zu sprechen, ihre Kranken zu heilen. Es hatte den Anschein, als ob sein ganzes Leben aus diesen zwei Tätigkeiten bestehen würde, denn er brachte es nicht übers Herz, diese Bitten abzuschlagen. Schließlich jedoch erklärte er, man müsse er ein wenig rasten, und er begab sich ins Haus. James hielt an der Tür Waage, und ich sah in meinem Auto und wartete, bis sich die Menge zerstreut hatte. Eigentlich hatte ich gar kein Recht, Einlaß zu fordern, doch schien James erkrant mich zu haben und gestattete, daß ich mich der kleinen Gesellschaft anschäue, die sich in seinem Heim eingefunden hatte.

Hier traf ich auch Overett; das Blut war von seinem Gesicht gewaschen, doch hatte er nicht vermerkt, die fehlenden Zähne wieder einzusetzen, noch die verjüngte Masse zu heilen, die früher Oberlippe und Nase gewesen war. Auch Korowik war da; man konnte er sich schon ausfinden und sprachlich lächeln, und auch die beiden anderen Männer mit den blutigen Gesichtern erblickte ich, erfuhr aber ihre Namen nicht. Zimmermann betete über allen und sie wurden allmählich he-

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Freitag „Man kann nie wissen“; Samstag „Die Frau des Quillus“; Sonntag vormittag Philharmonisches Konzert, nachmittags „Kaufmann von Venedig“, abends „Traut des Quillus“.

Kleine Bühne. Heute, Freitag, Verbandsvorstellung „Candide“; morgen, Samstag „Der Wortwoll“; Sonntag abends „Menagerie“.

IX. Symphonie. Heute 8 Uhr abends Generalprobe für Singverein, D. M. S. V. und Orchester im Säulensaal des Deutschen Hauses, Prag 11, Graben 26.

Stückspiel Fritz Korner. Sonntag nachmittags spielt Fritz Korner den Ebbold in Shakespeares Lustspiel „Kaufmann von Venedig“ und Montag abends die Titelrolle in „Othello“. Für die Sonntag-Nachmittagsvorstellung sind ermäßigte Karten bei Oskar Deutsch, Graben 25 (Verein deutscher Arbeiter), in der Uraniongasse, Emeischtagasse 22 (für Uranionmitglieder), in der Deutschen Kunstschule, Deutsche Kasino (für Arbeitnehmer) erhältlich.

Landwirtschaft und Sozialpolitik.

Agarische „Notwendigkeiten“.

Die Agrarier gegen den Achtstundentag in der Landwirtschaft.

Am 14. Dezember referierte der Minister Dr. Hodza im landwirtschaftlichen Ausschuss auf die an seinem Exposé geübte Kritik. Ein großer Teil seiner Ausführungen richtete sich gegen den Abg. Genossen Schwelichart vertretenen Standpunkt in der Zollfrage. Angesichts der Schutzpolitik anderer Staaten (Amerikas und Englands) sei der Freihandel unmöglich. Mit Bringen lasse sich in der jetzigen ungelärten Situation nichts machen, deshalb habe auch er keine festen Grundzüge entwickelt, sondern vertrete einfach nur unabwehrbare Notwendigkeiten. Der Minister polemisierte auch gegen Dr. Verbesty, es sei falsch, daß die Tschechoslowakei ein Industrie- und ein Sicherheitsland sei, hauptsächlich die Arbeiter trügen. Gegenüber dem Abgeordneten Schwelichart und Vinovec, die von einer Krise des Kapitalismus, resp. einer Ubertapitalisierung der Landwirtschaft sprachen, meinte der Minister, daß angesichts der Preisenkung der landwirtschaftlichen Artikel von letzterem nicht die Rede sein könne; man könne lediglich von einer Krise der kapitalistischen Methode reden, welche auch die Genossenschaften antreffen. (?) Der Minister streute in seine Rede Zitate von Kautsky ein und vertrat eindringlich den Standpunkt der vollständigen Barität der Landwirtschaft und Industrie. Nicht darum handle es sich, den Produzenten zu dienen, sondern der Produktion. Die Einfuhr fremder Lebensmittel müsse durch Hebung der Produktion überflüssig werden. Ueber die Theorie des Freihandels könne erst verhandelt werden, wenn geordnete Verhältnisse beständen. Eine Agrarpolitik dürfe nicht getrieben werden, grobagrarische Interessen vertrete er nicht. Gegen die vom Abg. Genossen Schwelichart vertretene Ansicht, daß die Kleinlandwirte an Agrarzöllen kein Interesse hätten, sei schwer zu polemisieren, weil hier der persönliche Standpunkt maßgebend ist. Der Minister besprach dann eine Reihe, in der Debatte aufgeworfener Fragen und meinte bezüglich des Achtstundentages in der Landwirtschaft, daß dieser nicht zu halten sei. Es werde eine Reform, ein „grundgesetzlicher Rahmen“ geschaffen werden müssen. Die internationale Regelung der Frage sei bisher gescheitert. Auf das Bodenamt nimmt das Landwirtschaftsministerium in dem Sinne Einfluß, daß die Produktion nicht gestört werde. Der Minister kündigte eine Steuerreform an und teilte bezüglich des Kunststämpelfonds mit, daß ein ungedeckter, zum Teil eintritt-

barer Abgang von über 44 Millionen Kronen vorhanden ist. Zum Schluß erklärte der Minister Dr. Hodza, daß er eine Reihe Anfragen schriftlich erledigen werde.

Der Rede des Ministers folgte eine kurze Debatte, an der sich die Abg. Bergmann, Vinovec, Dr. Verbesty und Genosse Schwelichart beteiligten. Letzterer polemisierte gegen die Ausführungen des Ministers und betonte u. a., daß ja eben der Streit um die Frage gehe, was „notwendig“ sei, und wenn die „Notwendigkeit“ möge. Redner verlangte die baldigste Vorlage des auf die Zollfrage bezüglichen Materials, bedauerte die Haltung des Ministers in der Frage des Achtstundentages und forderte eine Beschleunigung der Verhandlungen und der Steuerreifehterungen für die Kleinlandwirte. Der Minister versprach, die Vorlage des Materials in der Zollfrage, bis die Verhandlungen zwischen den beteiligten Ministerien abgeschlossen sind. Hieran erfolgte infolge vongerückter Zeit, Schluß der Sitzung.

Gegen die Konsumentenvereine.

Im Ernährungs-Ausschuss wurde am 14. Dezember vormittags 10 Debatte über das Exposé des Ministers Dr. Franke fortgesetzt. Abg. Krimm (tsch. Gewerkepartei) verlangte so, wie schon früher die deutschen und tschechischen Agrarier die Aufhebung des Ministeriums. Er sprach sich ferner heftig gegen die Konsumentenorganisationen aus. Abg. Genosse Schwelichart wies darauf hin, daß die Agrarier und Händler schon zu jener Zeit gegen das Ministerium kämpften, als dessen Existenz durch Regelung der Lebensmittelversorgung für die ärmere Bevölkerung eine unbedingte Notwendigkeit war. Heute sei zwar die Verteilung von Lebensmitteln überflüssig, aber das Ministerium habe trotzdem noch eine große Aufgabe zu erfüllen. Es habe die Interessen der Konsumenten gegenüber den Agrariern und Jährlern zu vertreten. Kontrolle der Preise und Lebensmittel durchzuführen und alle Bestrebungen zu unterstücken, welche einer Erleichterung der Lebensmittelversorgung dienen. Redner verlangte energische Stellungnahme gegen die agrarische Schutzpolitik, Unterstützung der Bestrebungen zur Beseitigung des Zwischahandels, Vereinfachung, resp. Abschaffung der Konsumsteuer u. dal. mehr. Den Kleinlandwirten soll der Verkauf von Fleisch selbstgeschlachtetem Rindern vollständig freistehen. Redner wandte sich energisch gegen die Angriffe auf die Konsumvereine und hob hervor, daß die Genossen derselben vom Staate für ihre Organisationen nicht genug Unterstützung bekommen könnten. Die Genossenschaften sind armennützige Institute, die zu fördern Pflicht der Gesetzgebung ist. Dieser haben sie noch nicht die verdiente Förderung erfahren, denn sie sind noch wie vor mit ungemein drückenden Steuern belastet. Die Debatte wurde hierauf abgebrochen.

Aus dem Gewerbeausschuss des Abgeordnetenhauses. In der gestrigen Sitzung des Gewerbeausschusses erklärte Abg. Genosse Fischer zum Gesetzesantrag, durch welchen der Regierung die Ermächtigung zur Inkorporation von Handelsverträgen erteilt wird, daß wir den Abschluß von Handelsverträgen und wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten schärflich wünschen. Die Regierung halte auf Grund der bestehenden Gesetze die Verpflichtung, abgeschlossene Handelsverträge sofort dem Parliamente zur Genehmigung vorzulegen. Sie hat diese Pflicht und damit die Nationalversammlung selbst glücklich mit sich zu machen und Verträge, die schon im Jahre 1921 abgeschlossen wurden, noch nicht dem Abgeordnetenhause vorgelegt. Nun verlangt die Regierung trotzdem, daß alle die bisher abgeschlossenen Verträge ohne Ratung in der Nationalversammlung in Kraft gesetzt werden und ebenso alle weiteren bis 1924 zu schließenden Verträge. Das bedeutet die Au-

Als er von Simon Carlin heim zurückkehrte, brachte er dessen Frau mit, die er von einem Fieber geheilt hatte, und schon umdrängten ihn andere, die er ebenfalls heilen wollte. Genosse Weil, einer der Männer, die ich auf der gestrigen Versammlung gekannt hatte, schien völlig zusammengebrochen. Ich erfuhr, er sei der Sekretär der sozialistischen Bezirksgruppe von Western City. Ich hatte gewußt, es gäbe in der Stadt Sozialisten, doch hatte ich niemals einen erblickt und betrachtete Abell mit großem Interesse. Er war Rechtsanwalt, doch dürft ihr euch nicht den gewöhnlichen Rechtsanwaltsstypus vorstellen: schlau und gut gekleidet; anscheinend gehören sozialistische Rechtsanwälte nicht in diese Kategorie. Genosse Abell war ein kleiner verlegener Mann, das lange schwarze Haar hing ihm über die Ohren, fiel häufig in sein Gesicht. Er hatte sanfte, traurige Züge, seine Stimme war schütterlich und liebevoll. Er trug einen schwarzen Gehrock, der ausfiel, als wäre er schon zwanzig Jahre im Gebrauch; der Kragen und die Knöpfe schimmerten grün.

Genosse Abell wohnte im zweiten Stock über einem Krämerladen in der Nachbarschaft, und dort befand sich auch sein Bureau sowie ein kleiner Saal, wo die Sozialisten zusammenkamen pflegten. Jeden Samstagabend hielt Abell zusammen mit zwei oder drei Freunden an der Ecke der Western-City-Straße Reden, verteilte Flugblätter und Bücher. In seinem Bureau hatte er einen ganzen Stof Literatur gehabt, im Werte von zweihundert Dollars. So erzählte er Zimmermann, doch waren vor etlichen Monaten Erschöpfung zusammen mit Polizisten und Detektiven bei ihm eingebrungen, hatten die Türen erschossen, die Frau und die Kinder zu Tode erschreckt, hatten alle Laden geleert, die Literatur fortgeschleppt. (Fortsetzung folgt.)

Schaltung der Gesetzgebung bei der Handels- und Zollpolitik dieses Staates. Im Motivenbericht erklärt die Regierung, daß nur kurzfristige Verträge unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen geschlossen werden können, verlangt aber auf zwei Jahre im Voraus die Ermächtigung zur Inkraftsetzung der Verträge. Die Regierung hat jederzeit die Möglichkeit, abgeschlossene Verträge dem Abgeordnetenhaus vorzulegen, sie hat dies aber unterlassen und den Vertrag mit Rußland wieder zurückgezogen. Abg. Genosse Fischer tadelt die bisherige Wirtschaftspolitik des Handelsministeriums und die falschen Darstellungen des Handelsministers über die Wirtschaftslage, welche sich immer mehr verschärft, wie die Ziffern der Ausfuhrstatistik und die zunehmende Arbeitslosigkeit beweisen. Bei der Abstimmung wird die Vorlage unverändert angenommen.

Ueber die Arbeitsvermittlung im Jahre 1921 bringt zahlreiche Angaben die soeben herausgegebene Nr. 60 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“. Nach diesen ist die Situation des Arbeitsmarktes, insofern sie sich in der zahlenmäßig ausgedrückten Tätigkeit familiärer Arbeitsvermittlungsinstitutionen darstellt, im Jahre 1921 folgende: Die Anzahl der Stellenbewerber betrug im Jänner 112.758 Personen und stieg bis Mai (144.147), sinkt in den nachfolgenden Monaten, steigt wieder im August und erreicht den Höhepunkt im September (163.432), worauf sie bis zum Jahresende rapid sinkt. Freie Stellen sind ebenfalls die meisten im September (106.889), die wenigsten im Dezember (43.718) angezeichnet worden. Die Anzahl der besetzten Stellen steigt ab Jänner (27.412), insbesondere in den Frühjahrsmonaten (im Mai auf 40.302) und am höchsten im September (auf 78.993). Dazu ist nur zu bemerken, daß die Statistik der Arbeitsvermittlung im Jahre 1922 noch interessanter wäre. Die Arbeit des Statistischen Staatsamtes wäre für die

Praxis des Sozialpolitikers von viel größerem Nutzen, wenn die Statistik der Wirtschaftsentwicklung in einem kleineren Abstände als dem eines Jahres folgen würde.

Die Zentrale der tschech-slowakischen Handels- und Gewerbelammern hielt am 14. Dezember eine Vollversammlung ab, in der vor allem die Stellung der Zentrale zur Revision der Zolloffizienten und zur Vermögensabgabe beraten wurde. In der von der Vollversammlung angenommenen Resolution zur Zollfrage wird gesagt, daß es bei den Anträgen auf Herabsetzung der Zolloffizienten nicht möglich ist, die vollen Folgerungen aus der Valutastärkung zu ziehen, da die Erzeugungskosten im Inland nicht in dem Maße gesunken sind, in dem sich der Kurs unserer Valuta erhöhte. Mit anderen Worten, die Handelsammern wollen in eine bedeutendere Herabsetzung der Zölle nicht einwilligen. Eine solche Herabsetzung sei den mit den einzelnen Staaten abzusprechenden Handelsverträgen vorzubehalten. Das bedeutet natürlich nichts anderes, als die Herabsetzung der Zölle auf die lange Bank schieben und ist ein Hindernis für den Preisabbau, da die inländischen Erzeuger mit den Preisen ihrer Waren nicht eher heruntergehen werden, bis sie die Konkurrenz aus dem Auslande dazu zwingt. Wenn dagegen die Handelsammern in der Resolution der Meinung Ausdruck geben, daß eine gründliche Reform des gegenwärtigen Bewilligungssystems in der Ein- und Ausfuhr Platz greifen sollte, können wir dem nur zustimmen. Es wird für uns volkswirtschaftlich nur von Nutzen sein, wenn die volle Freiheit des Handelsverkehrs wieder eingeführt werden wird und wenn das Bewilligungssystem verschwindet. — In einer anderen Resolution tritt die Zentrale der Handelsammern für eine Novellierung der Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabe ein. — Zum Generalsekretär der Zentrale wurde Dr. Zibavský von der Kammer Prag, zum zwei-

ten Sekretär Dr. Reichel der Reichenberger Handelskammer gewählt. — Bemerkenswert erscheint uns auch, daß zu der Vollversammlung der Zentrale der Handels- und Gewerbelammern ein ganzer Haufen von Vertretern des Handels-, Finanzministeriums sowie des Ministeriums des Äußeren erschienen waren. Wenn die Arbeiter eine Beratung abhalten, kommen die Beamten der einzelnen Ministerien etwas spärlicher. Die Regierung, die doch eine Koalitionsregierung ist, interessiert eben das, was die Unternehmer sagen, mehr als das, was die Arbeiter sagen.

Das Gremium der landwirtschaftlichen Arbeiter. In seiner gestrigen Rede bei der Budgetdebatte im Senate entwarf Senator Genosse H a r t h ein Bild der Lebenshaltung eines landwirtschaftlichen Arbeiters. Er erhält nach dem gegenwärtigen Lohnvertrag ein Pferdebesitzer monatlich 170 Kronen, ein Ochsenbesitzer gar nur 160 Kronen. An Deputat erhalten die beiden je 85 Kilogramm Getreide, 80 Kilogramm Kartoffel, drei Zentner Rohle, etwas Holz, Fettgeß, Milch etc. monatlich. Zum heutigen Tagespreis umgerechnet ergibt das im Monat den Betrag von 475.41 Kronen. Das Jahreseinkommen dieser landwirtschaftlichen Arbeiter beläuft sich demnach auf 5.700.92 Kronen oder 15 Kronen täglich. Ein Tagelöhner erhält nur gar 1.60 Kronen Stundenlohn, ein Frau 1.25 Krone, ein Jugendlicher 1 Krone pro Stunde. Natürlich werden allen landwirtschaftlichen Arbeitern im Taglohn die Tage, an denen nicht gearbeitet werden kann, abgerechnet. Man kann sich demnach eine Vorstellung machen, daß ein Teil des Landarbeiterproletariats in seiner Lebensweise hart an der Grenze des Lumpenproletariats angelangt ist.

Deu'tenturfe.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	16:05.00
Berlin	235.90
Wien	9:00.00

Zürcher Schlusskurse.

Berlin	0:06.70	Paris	37:52.00
Wien	0:00.74	Mailand	28:31.00
Prag	16:05.00	Budapest	0:22.70
Holland	211.50	Belgrad	6:40.00
New York	5:28.00	Warschau	0:002.2
London	24.47	Wien gelt.	0:00.00

Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 Holl. Gulden	1283.00	1287.00
100 Mar.	0:47.50	0:47.50
100 schweiz. Frank.	60:4.75	611.25
10 Lire	184.25	185.75
100 franz. Francs	233.25	234.75
1 Pfund Sterling	148.85	150.35
1 Dollar	31:92.70	32:82.50
100 belg. Francs	217.25	218.75
100 Dinar	36.75	37.25
100 österr. Kronen	0:04.80	0:04.80
100 poln. Mark	0:15.87	0:20.37
100 magyar. Kronen	1:32.00	1:42.00

Aus der Partei.

Warnung.

Unserem Karlsbader Bruderblatt entnehmen wir: In der letzten Zeit kam der aus Esch-Lothringen stammende Eugen Schüller nach Westböhmen, wo er sich als langjähriges Parteimitglied legitimierte und auf Grund seiner Ausweisung in der Genossenschaftlichen Woche als Redner verwendet wurde. Es stellte sich jedoch heraus, daß Schüller das in ihn gesetzte Vertrauen in der größten Weise mißbraucht und einzelne Organisationen ausgebeutet hat. Falls Schüller irgendwo vorprechen sollte, ist ihm unter keinen Umständen Unterstützung aus Arbeitergebern zu gewähren. Wenn er sich als Redner für Versammlungen antragen sollte, ist er abzumelden.

Ergelbte der Kreisleitung der westböhmisches Sozialdemokratie.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Čermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Für jede Küche!

Die neuen Rezeptbücher umsonst und portofrei zur Verfügung. Man schreibe eine Postkarte an **Dr. OETKER'S Backpulverwerke, Brünn**

Neben unserem vielbewährten Dr. Oetkers Backpulver „Backin“ und Dr. Oetkers Vanillinzucker sind wieder zu haben: Dr. Oetkers Puddingpulver mit Vanille-, Mandel- und Schokoladengeschmack, Dr. Oetkers Hausnatron, Dr. Oetkers Regina-Speisegelatine weiss und rot

Wo nicht erhältlich, bestelle man direkt bei der Fabrik.

Aus der Arbeiterbewegung.

Eine große Organisation der ungelerten Arbeiter in England. Schon lange hatte man die Gründung einer großen Gewerkschaft der ungelerten Arbeiter in England ins Auge gefaßt. Der erste Schritt dazu war der Plan eines Zusammenschlusses des „Nationalen Bundes der ungelerten Arbeiter“ (National Union of General Workers), der Organisation der Gemeindefunktionäre (Municipal Employees' Association) und des Nationalen Vereinigten Arbeitsbundes (National Amalgamated Union of Labour). Diese Fustion ist nun gesichert, nachdem vorher unter den Mitgliedern der drei Organisationen eine Abstimmung stattgefunden hatte, die eine starke Mehrheit für den Zusammenschluß ergab. Die neue Organisation umfaßt mehr als eine halbe Million Mitglieder. Der „Daily Herald“ vom 30. November 1922 macht einige Angaben über die Gründung der neuen Organisation: Die Oberleitung wird ein in bestimmten Zeitabständen zusammen tretender Kongreß sein. Die laufenden Arbeiten werden von einem aus je zwei Vertretern jedes Distriktes zusammengesetzten Generalkomitee besorgt werden. Verschiedene Funktionen werden von Komitees besorgt werden, d. h. von der Nationalen Exekutive bis hinunter zu den Distriktskomitees mit Unterstützung der Gruppensekretäre und anderer Beamten. Es wurde ein einheitlicher Beitrag von 6d. pro Woche für Frauen und Jugendliche festgelegt. Auch im Zusammenhang mit den Fragen der Streikunterstützung, der Bezahlung von Unternehmungen bei Ausperrungen, Nachregelungen, Erwerbsunfähigkeit, sowie in Todesfällen wurde ein umfassender Plan aufgestellt. Da nun die Abstimmung ein günstiges Resultat zeitigte, wird es nicht lange mehr dauern bis zur Gründung des neuen Verbandes.

Bio-Programm vom 8. bis 14. Dezember.

Lido-Bio 1248
Die drei Masken. Drama in 5 Akten. in der Hauptrolle Henry Kraus.
Nächstes Programm: Kinder des Soldats.

DANKSAGUNG.

Für die mir aus Anlaß des Abendmeiner unerschöpflichen Mutter Frau

Anna Čermak

in so herzlichem und reichem Maße zusammengekommenen Beileidsbesuchen und in allen Genossen und Genossinnen auf diesem Wege meinen innigsten Dank aus.
Prag, den 15. Dezember 1922.
Karl Čermak.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der **Bolksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.**

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

PALMA
Vorteile!
Billiger und bedeutend haltbarer als Leder!
Schutz gegen Nässe und Kälte

5465

Selt Mitte des Monats Oktober erscheinen die beiden

Arbeiter-Kalender

die vom Parteivorstand herausgegeben werden und zwar der

Arbeiterfaschentalender

der wieder eine Fülle des für jeden Arbeiter Wissenswerten aus dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung und der Volkswirtschaft enthält und ferner die für jeden Arbeiter notwendigen Adressen, Monatsvermerkbücher, ein Tagebuch für das ganze Jahr 1923 u. noch verschiedenes andere. Gleichzeitig erscheint das

Arbeiter-Jahrbuch 1923

das reich illustriert ist, zahlreiche Gedichte, Erzählungen, Aufsätze und Skizzen enthält und im besten Sinne des Wortes ein Handbuch für sozialdemokratische Arbeiter genannt werden kann. — Vertellungen auf die beiden Kalender nehmen unsere Vertrauensmänner entgegen.

Der Faschentalender kostet 6 Kronen und das Arbeiter-Jahrbuch 1923 7 Kronen.

Genossen und Genossinnen! So wie ihr die bürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen verdrängt, müßt ihr auch die bürgerlichen „Familientalender“ aus ihnen vertreiben und dafür sorgen daß möglichst viele unserer Arbeiter-Kalender vertrieben werden.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Nezajants.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smekth 22 (Urania). 1090

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Teplitz-Schönau. CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002

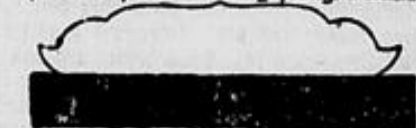
empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckschriften: wie Tabellen Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.



EIN JUNG-BRUNNEN ist der aromatische, gehaltvolle



TEEKANNE und welche Freude erregen die künstlerischen Seidenbilder in Familienkreis, wo eifrig Handarbeiten für das Preisauschreiben angefertigt werden



1123

Kaufet nur gute Waren

zu billigen Preisen. Chiffone 2z 3.00, Sanafasse 2z 7.00, Bettuch 14z cm 2z 10.50, Inlett 1z 0 cm 2z 8.00, Taschentücher, Damaste, Grandi etc. — **Baldousty Dreiller & Co., Prag, Celetna 3.**